

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 50 Pf. Monat. Eingetr. in der Post-Regierung. Preisliste für 1894 unter Nr. 6912.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Berichterstattungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Kontospächter: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 3. Oktober 1894.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein bojkottirtes Bier!

Die anarchifistische Bewegung in Holland.

Nun, da die Spaltung in der holländischen Arbeiterpartei vollzogen ist, und der geringere Theil der Klassenbewußten Arbeiter sich von dem größeren (anarchifistischen) Theil getrennt hat, ist es an der Zeit, zu untersuchen, wie es denn möglich ist, daß die Majorität der erwachten Arbeiterpartei sich in die Arme der Anarchie geworfen hat.

Der Grund dieser Thatsache ist von zweierlei Art. Erstens ist derselbe zu suchen in den politischen und ökonomischen Zuständen der Niederlande, und zweitens in der anarchifistischen Gesinnung der Parteileitung, besonders Domela Nieuwenhuis'.

Die Löhne unserer Arbeiter sind sehr niedrig, die Lebenslage ist im großen Ganzen eine sehr traurige. Namentlich die Provinz Friesland, so fruchtbar sie auch ist, giebt ein trauriges Bild des Elends. Die Besitzer von Grund und Boden wohnen in schönen Gegenden außerhalb der Provinz, bezahlen also keine Gemeindesteuern, kennen die Zustände auf ihren eigenen Gütern nicht, heimlich ruhig die im allgemeinen viel zu hohen Pachtzinsen ein, und denken nicht daran, wie die freifrischen Arbeiter mit ihren Familien hungern, und wie die kleinen Bürger hohe Gemeindesteuern bezahlen müssen, weil die Kosten der Armenverwaltung jedes Jahr steigen. Auf der einen Seite werden die Abgaben fortwährend größer, auf der anderen Seite die Einnahmen geringer, weil die große Masse der Arbeiter natürlich keine Kaufkraft mehr besitzt. Bei diesen Umständen ist es leicht erklärlich, daß Friesland mit seiner Freiheit liebenden Bevölkerung die Hochburg der Sozialdemokratie wurde.

Holland ist bekannt wegen der großen politischen Freiheit, die seine Einwohner besitzen. Wenn wir die Verhältnisse jedoch genau in's Auge fassen, so stellt sich gleich heraus, daß diese Freiheit nur ein Trugbild, eine Scheinfreiheit ist. Die ökonomischen Verhältnisse und das mangelhafte Wahlrecht machen viele Gesetze zu leeren Worten. So steht es mit dem Koalitionsrecht, das die Verfassung uns sichert, das jedoch von den kapitalistischen Tyrannen vergewaltigt wird. Die freifrischen Handarbeiter haben sich vereint, sie haben zuerst auf friedliche Weise, dann durch Arbeits einstellen versucht, bessere Lebensbedingungen für sich und ihre Familien zu erringen. Obgleich dieser Kampf keinen Erfolg hatte, so lenkte er doch die Aufmerksamkeit der Großgrundbesitzer auf die ihnen drohende Gefahr, so daß dieselben beschloffen, die Bewegung im ersten Stadium zu vernichten. Und das haben sie mit allen Mitteln, geschicklich und geschwindig, fertig gebracht. Sie haben den Arbeitern die Mitgliedschaft einer Organisation untersagt, und gestellt an Händen und Füßen, mußten die Armen schließlich klein beigeben. Für diese Arbeiter besteht das Koalitionsrecht nicht. Und noch in letzterer Zeit kommt es öfters vor, daß die Arbeitgeber ihren Arbeitern den Eintritt in Fachvereine untersagen.

Was bleibt dem Arbeiter, in dessen Busen die Freiheit und der Haß gegen die kapitalistische Gesellschaft wohnt, nun übrig? In Fachvereinen für sein Recht kämpfen — darf er nicht; das Wahlrecht hat er nicht, die Umstände drängen ihn also auf den Weg des Anarchismus und der Gewalt. — Von Bombenattentaten hat man in Holland noch nicht gehört; der beleidigte, unterdrückte, verbitterte Arbeiter rächt sich in anderer Weise. Er macht nicht viel von sich reden, aber in heimlicher Nacht ist schon manches Bauerngehöft von anarchifistischen Händen angezündet worden.

Das alles ist sehr logisch. Die Machtlosigkeit führte zur Verzweiflung. Hätte jedoch der „Sozialdemokratische Bund“ eine kräftige Parteileitung gehabt, so hätte der kühle Verstand über die berechnungslose Leidenschaft gelehrt. Die sozialdemokratische Parteileitung hatte die Pflicht, die Köpfe über die Zustände aufzuklären und vor zwecklosen Gewaltthatigkeiten zu warnen. Sie fürchtete jedoch, ihre Popularität einzubüßen, und wirkte mit in der verhängnisvollen Richtung. Man soletirtirte mit Revolver und Dynamit und verpuppte sich schließlich ganz und gar in die Phrasen des Anarchismus.

So hat die Bourgeoisie die holländische Arbeiterbewegung auf den Weg des Anarchismus gedrängt, und die schwache Parteileitung konnte das nicht verhindern.

Was wird die Zukunft der anarchifistischen Bewegung sein? Die Thatsache, daß den Arbeitern jeder Weg abgeschnitten wurde, und auch der politische Kampf zu den Unmöglichkeitkeiten gehörte, erklärt die Entwicklung des Anarchismus. Wenn dieses Moment aufgehoben ist, und der politische Weg offen liegt, so wird es auch bald mit dem Anarchismus zu Ende sein. Die niederländischen Arbeiter sind zu nüchtern, zu vernünftig, um sich lange von Phrasenhelden an der Nase herumführen zu lassen. Wenn wir Sozialdemokraten durch das allgemeine Wahlrecht die Gelegenheit haben, die Arbeiterpartei in den politischen Kampf einzuführen, so wird sie zu uns kommen und den Klassenkampf führen nach dem Beispiel der internationalen Sozialdemokratie. Lange wird es nicht mehr dauern, daß die Majorität der Klassenbewußten Proletarier Anhänger der Nieuwenhuis'schen Richtung ist. Nieuwenhuis ist nur noch der Schatten von dem, was er gewesen ist. Einen großen Einfluß hat er nicht mehr. Seine Eitelkeit wird sein Tod werden. Der einzige Anhänger der Nieuwenhuis'schen Richtung, der neue Anhänger macht, ist Reens, der sich durch seine Vereitelung der Zwangsvereinigungen sehr populär macht. Uebrigens wird durch die Anarchisten kein Einfluß ausgeübt. Die Bewegung wird in den Sand verlaufen, weil sie nicht durch Thaten genährt wird. Man hat es jetzt hauptsächlich darauf abgesehen, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Der Anarchist Dijkstra sagte in Amsterdam, man solle die Sozialdemokratie mit allen Mitteln der Gewalt bekämpfen, so daß wir uns auf Sardinenbüschen gefast machen können. Eine Versammlung in Leuwarden, wo Genosse Dr. Troelstra über Zweck und Mittel der sozialdemokratischen Arbeiterpartei referirte, wäre durch das Auftreten der Anarchisten in größter Unordnung verlaufen, wenn Vor-

sitzender und Referent sich durch die Deutschen im Boddorn hätten jagen lassen, und baselbst sagte ein anarchifistischer Redner, er wolle, nach dem Beispiel seiner spanischen Genossen, bei den Wahlen die Bourgeoislandboten unterstützen, nur um die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Man sieht es: die Anarchisten werden schon von selbst abgewirft, und wenn die Wahlrechts-Ausdehnung kommt, so wird sie ihren völligen Untergang bloß beschleunigen.

II. Parteitag der bayerischen Sozialdemokratie.

München, 1. Oktober.

Begrüßungsdepechen sind eingelaufen aus verschiedenen bayerischen Orten und von der Landesvertretung der sozialdemokratischen Partei Tyrols. Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung: Das Vereins- und Versammlungsrecht in Bayern referirt Dertel, Nürnberg. Er giebt eine eingehende Kritik der Handhabung und reaktionären Auslegung und Anwendung der Gesetze durch den bayerischen Minister des Innern. Diese durch die willkürliche und — wie Redner durch eine Reihe unanfechtbarer Belege ausführt — sich widersprechende Kommentierung des Gesetzes durch den Staatsrechtslehrer Böhl herbeigeführte Verpolizeierung der Gesetze, herabst die bayerischen Staatsangehörigen ihrer fundamentalsten politischen Rechte. Nach dem eingehenden Referat gelangt folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: In der Erwägung, daß in Bayern allen Staatsangehörigen durch Verfassung und Gesetz das Versammlungsrecht zugesichert ist; in der Erwägung, daß durch die Interpretation und Handhabung des bayerischen Vereinsgesetzes seitens der Polizeibehörden, das oben erwähnte, gesetzlich und verfassungsmäßig garantierte Recht illusorisch gemacht wird, verurtheilt der Parteitag der Sozialdemokraten Bayerns die gegenwärtige Handhabung des Vereinsgesetzes auf das schärfste und protestirt energisch gegen die Akte polizeilicher Willkür auf dem Gebiete des Versammlungsrechts, die sich als Verletzung verfassungsmäßiger Rechte und zum Theil außerdem als direkte Aufhebung des den Arbeitern reichsweitlich gewährleisteten Koalitionsrechts darstellen. In der Erwägung ferner, daß das aus dem Jahre 1850 stammende Gesetz keineswegs den jetzigen Verhältnissen entspricht, verlangt der Parteitag aus rechtlichen wie sozialpolitischen Gründen die Beseitigung des genannten Gesetzes und Einführung völliger Vereins- und Versammlungsfreiheit als eine der wichtigsten Grundlagen einer wirklichen freiheitlichen Entwicklung. Insbesondere betont der Parteitag, daß die Frauen als vollberechtigte Mitglieder der Gesellschaft keinerlei Beschränkungen in bezug auf das Vereins-, Koalitions- und Versammlungsrecht unterworfen werden sollen insofern, als sie infolge der Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse in immer

Feuilleton.

Erinnerungen eines Kommunarden.

Aus dem Französischen von Jakob Audorf.

Erster Theil.

Das Haus von Morne-Rouge.

Die Politik hat ihre Stürme, viel gewaltiger und schrecklicher als die des Ozeans. Unter den an den Strand einer fremden Erde Geworfenen befand sich auch D'Herbois. Er war keiner dieser parlamentarischen Gleichhörnchen, welche unter allerlei Kapriolen von Ost zu West springen, um endlich zur Gewalt zu gelangen, sondern er war ein Mann ernsther Grundfänge. Er wollte die Regierung des Volkes durch das Volk und hatte nie daran gedacht, Karriere zu machen, wie der Fuchs in der Fabel, der sich aus seinem Loch hervor auf das Geweih eines Hirsches schwingt, sich von diesem forttragen läßt und wenn er sein Ziel erreicht hat, seinen leichtgläubigen Träger verspottet. Die kleineren und größeren Raftbürger pflegten ihn herablassend mit dem Ausdruck zu bezeichnen: „Er ist ein antiker Charakter.“ Und doch stand er unendlich viel höher da, als jene Bucherer und Sklavenhändler, welche man uns im Gymnasium verehren lehrt als große Charaktere der römischen Republik.

D'Herbois war einer derjenigen, über deren Hauptern, wie Diderot sagt, die Natur eine Fackel schwingt und ihnen zuruft: „Geh, und sei unglücklich!“ Der gewöhnliche Mensch sieht freilich das höchste Glück im materiellen Genuß, und nichts erscheint ihm lächerlicher, als sich für eine Idee zu opfern. Es ist ein Glück für die Menschheit, daß man von Zeit zu Zeit noch einen von diesen Naiven trifft, welche die größte Wollust im Bewußtsein der erfüllten Pflicht finden.

Es giebt Wesen, welche ihre eigenen Schmerzen nicht achten, um an die Leiden ihrer Mitmenschen zu denken, welchen die Verbannung, ja der Tod nichts erscheint, das größte Unglück aber in dem Mißerfolge des Rechtes und dem Triumph des Verbrechens erblicken. D'Herbois gehörte zu diesen edelmüthigen Geistern, deren Standhaftigkeit unerschütterlich ist.

Zusolge des 2. Dezember 1851 sangen die Diener einer Religion, welche sich nur durch die Gewalt den Völkern aufzwingt, öffentliche Dankhymnen zum Lobe eines Banditen, aus welchem sie eine Art von der Vorsehung gesandten Messias machten. Zu jeder Zeit Mitschuldige triumphirender Bösewichter, sahen sie in diesem finstern Netter den Todengräber der Republik, das will heißen: der Freiheit, der Gerechtigkeit und Brüderlichkeit. Zu dieser Zeit brachte ein kleines Fahrzeug einen Mann an die Küste von Jamaika, der mit ebenso vielem Rechte, wie der alte Römer sagen konnte: „Rom ist nicht mehr in Rom, sondern überall, wo ich bin!“

D'Herbois war kein Patriot in dem gewöhnlichen kleintlichen Sinne des Wortes. Für ihn war das Vaterland nicht eine Scholle Erde und die Liebe zu demselben ein blinder Haß gegen andere Völker. „Die Wahrheit,“ sagte er oft, „ist unsterblich!“ Er stellte über das Vaterland die Menschheit, und daß er nie an dieser verzweifelte, war seine Rettung. Voll Muth erfaßte er seine neue Lage und ging mit den ihm geliebten Mitteln an die Gründung einer Kolonie.

Wald hatte er geeignete Kräfte um sich, vereinigt von Leuten, welche gleich ihm in das fremde Land gekommen, aber ihren bisherigen Arbeitgebern nur willkommen gewesen waren als zur Ausbeutung geeignetes Arbeitsmaterial; gut genug, um mit ihrer Kraft und ihrem Schweiß das Parasitenthum der reichen Plantagenbesitzer zu mästen. D'Herbois sicherte ihnen im Gegentheil einen

allgemeinen Antheil des Ertrages außer ihrem Lohne, und so arbeiteten diese Leute, welche als freie Arbeiter in das Land gekommen, aber bisher schlechter gestellt waren als die Sklaven, mit verdoppeltem Eifer seit dem Tage, an welchem sie sich nicht mehr als Schafe betrachten mußten, deren Wolle nur für den Herrn bestimmt ist. Es wurde ihm auf solche Weise verhältnißmäßig leicht, in diesem Lande, wo der Boden fast ohne Bearbeitung alle Produkte hervorbringt, durch Energie und stete Vermehrung der Arbeitskraft, die sich auch aus den Reizen der Eingeborenen herzubrängte, seine Kolonie bald in einen blühenden Zustand und es selbst in wenigen Jahren zu einem bedeutenden Besitzthume zu bringen, das sich mit dem Wohlstande und dem Wohlbefinden seiner Arbeiter zugleich stetig mehrte.

Am Fuße des Mornerouge, einem vereinzelt hohen Felsen von rothem Granit, erstreckte sich im saftigsten Grün ein jungfräulicher Wald bis an das Meer. In diesem Gewirr von Bäumen, Sträuchern und Schlingpflanzen, durch den Fleiß menschlicher Hände in einen herrlichen Park verwandelt, unter dem Grün dieser üppigen Vegetation, halb verborgen unter Blättern und Blumen, erhob sich die reizende Villa D'Herbois, genannt: „Das Haus von Morne-Rouge.“

In diesem Neste von Laub und Blumenluft war es, wo D'Herbois sich mit Leidenschaft seiner Erziehung und der seiner Tochter Solvia, seiner reizenden Kouzine, widmete. Ueberzeugt von der tiefen Wahrheit des Balzac'schen Wortes: „Kein Same, welchen man der Erde anvertraut, giebt so schnell eine Ernte, als das Blut der Märtyrer,“ wollte er durch uns die Gewißheit haben, daß nach ihm seine Ideen, sein Streben und Wirken auf uns vererbt würde. Dieser Gedanke bemächtigte sich seiner fast ausschließlich, nachdem er die in schlechten und guten Tagen ergebene treue Gefährtin seines Lebens

höherem Grade gezwungen werden, sich den gewerblichen Kämpfen zuwenden und hier gleich allen Männern die Rechte und den Schutz der Geseze zur Erreichung besserer Existenzbedingungen dringend bedürfen. — Ueber Organisationsfragen referirt E. d. Schmid-München. Er betont die Schwierigkeit der Schaffung einer Landesorganisation angesichts der von dem Ministerium des Innern beliebten Anwendung des Vereinsgesetzes; insolge der aus allen Theilen des Landes eingelaufenen Klagen sollte der Parteitag jetzt versuchen, trotz aller Polizei- und Verwaltungshindernisse eine straffere Organisation zu schaffen. Diesbezügliche Anträge liegen vor von München und Neu-Ulm. Schmid empfiehlt gemäß dem Münchener Antrag, die Schaffung einer losen Landesorganisation, welche sich auf ein Vertrauensmänner-System zu stützen hätte. Agitationsredner wären nach gegenseitiger Verabredung nach verschiedenen Bezirken zu entsenden, Flugblätter und Agitationschriften gemeinsam herzustellen und systematisch zu verbreiten. Von Segitz-München ist folgender Antrag eingelaufen: „In Erwägung, daß zur Zusammenfassung der Parteithätigkeit und Entwicklung der Agitation eine Zentralisation notwendig ist, daß jedoch die Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes seitens der Behörden Schwierigkeiten aller Art erwarten läßt, in Erwägung, daß die politische Leitung der Partei ohnehin in der Landtagsfraktion zu führen ist und daß diese den naturgemäßen Mittelpunkt darstellt, beschließt der Parteitag: Wünsche betrefend der Agitation, soweit dieselbe einen allgemeinen Charakter annimmt, sind an die Fraktion zu richten und von derselben nach Kräften zu fördern. Desgleichen sind der Landtagsfraktion alle gefälligen Anträge, welche die Agitation, die Herausgabe von Flugblättern, eines Wauerblattes u. s. w. betreffen, zur Erwägung und möglichst prompten Ausführung zu überweisen und ebenso alle für Agitationszwecke bestimmten Gelder an dieselbe einzufenden.“ Der Antrag wird einstimmig angenommen, ebenso das Amendement: Die Fraktion hat die Befugnis, in außerordentlichen Fällen den Parteitag einzuberufen; mit Beginn der Wahlbewegung tritt sie als Zentral-Wahlaußschuß in Thätigkeit. Ferner der Antrag Schmid: In jedem Regierungsbezirk ist ein Kreis-Vertrauensmann aufzustellen, die Art der Wahl desselben ist den Genossen des Kreises überlassen. — Die Mandatsprüfungskommission theilt mit, daß 118 Deputirte für 75 Orte anwesend sind.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Oktober.

Auffällig ist es, daß der Reichskanzler, der schon Anfang Oktober nach Berlin zurückkehren sollte, seinen Urlaub, wie Zeitungen melden, bis zum Ende des Monats verlängern will. Sind die Steine, die aus der alten Kalkenklippe in seinen Garten geflossen sind, so zahlreich, daß die Begrüßung mehr Zeit erheischt? Oder —?

Fragezeichen und nichts als Fragezeichen! Ob alter Kurs, ob neuer? Fragezeichen. Wir kennen nur einen Kurs, in den unsere Politik hineingetrieben ist, und das ist der Kurs der Fragezeichen. Naive Leute nennen das „festes Regiment“.

Die sensationelle Verhaftung von beinahe 200 der besten Unteroffiziere des preussischen Heeres ist natürlich ein sehr harter Schlag für alle militärisch-absolutistischen Schwärmer, welche in den Unteroffizieren den rocher de bronze (Felsen von Erz) sehen, auf welchem die Monarchie für alle Ewigkeiten fest ruhe. Allein mit Ausnahme einiger Standalblätter, die im Trüben nach Abommenten fischen, und der „Kreuz-Zeitung“, in der eine offenbar interessirte Partei den Versuch macht, die Schuldigen hinter dem „rothen Vorhang“ verschwinden zu lassen, hat kein Berliner Blatt das Ereignis mit irgend einer Partei in Verbindung gebracht und alle Berichte, auch der amtliche, sind darin einig, daß es sich um eine Reihe von Schlägergezeihen handelt, wie sie auf Universitäten und Gymnasien hundertmal vorgekommen sind, und die in diesem Fall nur durch den militärischen Charakter der Anstalt einen ernsteren Hinter- und Untergrund erlangt haben.

Der nationalliberalen Bismarck-Gesellschaft, die seit Jahrzehnten alle politische Niedertracht in sich vereinigt hat, und die seit Jahren nach Ausnahme- und Knebelgesetzen schreit, weil sie, in ihrem Nichts durchbohrenden Gefühl, sehr wohl weiß, daß sie nur durch die Polizei überhaupt bestehen kann, — war es vorbehalten, die Verhaftung der Feuerwerker als die Folge sozialdemokratischer Umtriebe hinzustellen und im Sinne neuer Ausnahmegesetze zu verwerthen. Herr Böttcher, das abgebrauchte Bismarck-Reptil und der spiritus rector (leitender Geist) der nationalliberalen Partei, verräth seine und der Seinigen innerste Gedanken und heißeste Hoffnungen mit den Worten:

Handelt es sich bei den „politischen Umtrieben“ um die Verbreitung sozialdemokratischer Lehren und Schriften,

so darf man erwarten, daß jeder Beweis für eine sozialdemokratische Agitation im Heere die im Beginn begriffene Regierungsfaktion gegen die Elemente des Umsturzes beschleunigen und der Klugheit der Anstifter dieser Agitation ein beschämendes Zeugnis ausstellen wird.

Deutlich ist das. Ein gleich „beschämendes Zeugnis“ hat wohl noch niemals ein Parteiführer — und das ist Böttcher reptilios thätlich — sich und seiner Partei ausgestellt. Und dieses Denunziantenvolk, das die Staatsmacht anbettelt, seine Gegner mundtot zu machen, nennt sich noch „liberal!“

Da wir gerade bei der Gruselpolitik sind, sei hier eine Korrespondenz der „Kreuz-Zeitung“ erwähnt, die, wie man sieht, ihren alten Goebische-Ohm'schen Namen noch nicht ganz abgelegt hat und mitunter Rückfälle bekommt. Das Funterblatt läßt sich schreiben:

München, 29. September. (Sozialdemokratisches.) Man schreibt uns: In süddeutschen Landen scheint die Sozialdemokratie, den Worten Babel's (?) gehorcht, mit Macht befreit zu sein, „das Pulver trocken zu halten“. Als nach Einführung des Kleinkalibrigen Gewehres die bayerische Heeresverwaltung den Verkauf der Werbergewehre, das Stück zu 2 M., anordnete, fiel der reisende Abfah, den diese Gewehre im Lande fanden, sehr bald auf. Nachdem die Frage aus dem Saal war, stellte man sorgfältige Erhebungen über ihren Verbleib an, und siehe da, es ergab sich, daß die Sozialdemokraten mit Vorliebe diese Gewehre, deren Brauchbarkeit zu einem Straßenkampf man allgemein rühmen hört, aufkaufen! Das auch andere friedliche Bürger, denen unter den heutigen Zeitläuften vielleicht der Gedanke an eine zukünftige „Bürgerwehr“ im Kopfe herumgeht, sich ebenfalls solche Gewehre zulegen, soll nicht verschwiegen sein. Immerhin giebt diese Erfahrung zu denken und mag die Männer des kalten Blutes daran erinnern, daß die Feinde des Umsturzes in aller Rührigkeit und Ruhe ihre Rüstungen treffen.

Wenn das nicht auf die alten Weiber männlichen und weiblichen Geschlechtes wirkt, dann wissen wir wahrhaftig nicht, was wirken soll! —

Abänderung der allgemeinen Geseze „gegen revolutionäre Volksverhöhnungen jeder Art“ fordert die „National-Zeitung“ heute. Diese Geseze sollen, ein Kunststück, das niemand fertig bringt, die freie Diskussion, auch die von Ansichten, welche sich weit von den heutigen staatlichen und sozialen Einrichtungen entfernen, nicht verhindern. Ferner schreibt das Blatt: „dem Mißbrauch (dieser Geseze) durch Landräthe oder Gendarmen vorzubeugen, würde, wenn die Regierung die ihr obliegende Initiative ergreift, die bei der Gestaltung etwaiger neuer Abwehrmaßregeln im Einzelnen zu lösende Aufgabe sein.“

Glauben die gelehrten Juristen der nationalliberalen Partei wirklich, daß dies heute möglich ist, wissen sie nicht, daß ein solcher Mißbrauch nur dann verhindert werden kann, wenn jede mißbräuchliche Anwendung der Geseze sowohl in der Presse streng gerügt als auch auf dem Wege der Strafsjustiz und des Disziplinarverfahrens energisch bestraft würde. Wer glaubt übrigens an die Ehrlichkeit des Wunsches der „National-Zeitung“, eines Blattes, das zu allen auch im Geseze nicht begründeten Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie am lautesten Beifall gekläfft, ja zur Nachahmung aufgefordert hat. Die „National-Zeitung“ ist ein würdiges Organ der durch Henckels sich auszeichnenden nationalliberalen Partei. —

Für die nächste Verfassungsjählung schlägt die „Vossische Zeitung“ als Tag, an dem die Erhebungen vorgenommen werden sollen, den 1. Dezember 1895 vor. Wir haben schon dargelegt, daß dies im Interesse der Vergleichbarkeit der Zahlen nicht zu empfehlen ist. —

Die armen Apotheker werden hocherfreut sein, daß man sie, trotz des immer stärker werdenden Rufes nach Reform der Apotheken-Gesezgebung, vor der Konkurrenz der Droguenhandlung zu schützen bemüht ist. Wie nämlich die „Voss-Zeitung“ in Erfahrung gebracht hat, wird eine Novelle zum § 35 der Gewerbe-Ordnung im preussischen Staatsministerium vorbereitet. Nach derselben soll eine Verschärfung der Bestimmungen dahin eintreten, daß den Personen, welche den Handel mit Droguen und chemischen Präparaten betreiben, eine Anzeigepflicht von der Eröffnung des Geschäfts der zuständigen Polizeibehörde auferlegt und dieser Behörde das Recht übertragen wird, auf Grund des § 35 der Gewerbe-Ordnung die Aus-

*) Herr Böttcher wird es keine angenehme Ueberraschung gewesen sein, daß das „Volk“ heute Abend die Liberalen und die „mittelparteiliche Verfassung“ für die Vorkommnisse in der Feuerwerkerschule verantwortlich macht. „Strafe muß sein“ — und auch Komit. Red. des „Vorw.“

übung des Geschäfts zu überwachen und eventuell untersagen zu dürfen.

Demnach brauchen die armen Apotheker nicht zu fürchten, daß ihnen mit der geplanten Apotheken-Gesezgebung zu wehe gethan wird. —

Regelung der Arbeitsvermittlung. Der preussische Handelsminister hat folgende Verfügung über die Errichtung von Arbeitsnachweise-Bureaus in Städten von mehr als zehntausend Einwohnern erlassen:

In den Fällen zeitweiliger Arbeitslosigkeit, die in den letzten Jahren bald in größerem, bald in geringerem Umfange namentlich in den Wintermonaten hervorgetreten sind, hat sich gezeigt, daß den Einrichtungen und Maßnahmen, die geeignet sind, der Arbeitslosigkeit abzuwehren, noch nicht die genügende Aufmerksamkeit geschenkt worden ist. Namentlich hat sich das Bedürfnis ergeben, den Arbeitsnachweis in größerem Umfange und planmäßiger, als bisher geschehen ist, auszubilden. Abgesehen von vereinzelten gemeinnützigen Vereinen, die sich die Vermittlung von Arbeitsgelegenheit zur Aufgabe gemacht haben, und von Privatunternehmungen, die sie als Gewerbe betreiben, haben Unternehmungsverbände einerseits und Vereinigungen von Arbeitern, wie Hoch- und Gewerbetreibenden, andererseits die Regelung des Arbeitsnachweises in die Hand genommen. Die Wirksamkeit der Veranstaltungen der letzteren Art, die der Natur der Sache nach auf den Kreis einzelner Gewerbe beschränkt bleibt, wird auch dadurch beeinträchtigt, daß in sie von vornherein der Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hineingetragen wird. Die Benutzung der Privat-Arbeitsnachweise, die auf Bekämpfung einer Arbeitslosigkeit von größerer Ausdehnung überhaupt nicht berechnet sind, nöthigen die Bekämpften zur Zahlung von oft unverhältnismäßig hohen Gebühren, und die Thätigkeit der gemeinnützigen Vereine bleibt in der Regel bei der Beschränkung der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel und bei dem Wettbewerb der Vermittlungsstellen anderer Art auf einen bescheidenen Umfang beschränkt. Unter diesen Umständen muß es als ein bedeutender Fortschritt betrachtet werden, wenn neuerdings in weiteren Kreisen das Ziel verfolgt wird, den Arbeitsnachweis zur Aufgabe öffentlicher Veranlassung der Gemeinden zu machen. Wenn es gelingen sollte, zunächst in allen Städten mit einigermaßen erheblicher Einwohnerzahl Arbeitsnachweisestellen zu errichten, die von den Bekämpften kostenlos oder gegen geringe Vergütung benutzt werden könnten und sich des Vertrauens der Arbeitgeber und Arbeiter erfreuten, so würde schon deren örtliche Wirksamkeit ungleich bedeutender werden können als die bisherige Arbeitsnachweise. Sie würden aber diese Wirksamkeit noch erheblich dadurch verstärken können, daß sie nach und nach miteinander in eine organische Verbindung träten und sich damit in den Stand setzten, die Arbeitsnachweisefrage und das Arbeitsangebot in den verschiedenen Orten und Gegenden anzugleichen. Ebenso würden sie sich mit den für die Arbeitsvermittlung auf dem Lande bestehenden Vereinen und späterhin mit den Arbeitsnachweise-stellen, die vornehmlich von den Landwirtschaftskammern werden errichtet werden, in Beziehung setzen können, um den Arbeitslosen in Ermangelung anderer geeigneter Arbeitsgelegenheit auf dem Lande Beschäftigung zu verschaffen. Auch würden sie, um den Mannschaften, die im Herbst aus dem Heeresdienst entlassen werden, die Erlangung von Arbeit zu erleichtern, ihre Dienste den Truppentheilen zur Verfügung stellen können. Um die Arbeitsnachweisestellen zur Lösung der vorerwähnten, weitreichenden Aufgaben zu befähigen, wird es notwendig sein, sie einem durch die Gemeindebehörde ernannten, weder den Arbeitgebern noch den Arbeitern angehörenden Leiter zu unterstellen. In den großen Städten können die Leiter aus den Vorgesetzten zum Gewerbeamt gewählt werden (1). Wo das nicht möglich ist, könnten die städtischen Behörden eine Auswahl treffen. Es ist wünschenswerth, Arbeitsnachweise-Bureaus wenigstens in allen Städten von mehr als 10 000 Einwohnern ins Leben zu rufen. —

Da diese Arbeitsnachweise-Bureaus keinerlei Garantie gegen illoyales Eingreifen bei Streiks bieten und die Arbeiter anscheinend von jedem Einflusse auf die Verwaltung ferngehalten werden, so werden sie kaum das Vertrauen der Arbeiter erringen, ohne das sie werthlos sind und lediglich den Unternehmern eine Last abnehmen. —

Den Fall Arons möchte „Die Post“ wieder aufwärmen. Eine Notiz über die Quittung des Parteikassiers schließt das verlogene deutsche Preßorgan mit folgenden Worten:

„Dr. L. A.“ (Leo Arons) fehlt mit seiner Monatssteuer von 20 M., was wohl damit zusammenhängt, daß er sich mit der Zahlung eines Kapitals für immer abgefunden hat.“

Ein Wort über diese neue Lüge, die wir bloß ausbrüchlich als Lüge feststellen wollen, erübrigt sich. —

Schon wieder ein ostafrikanischer Gouverneur abgenügt. Der Rücktritt des Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika, Oberst Freiherrn v. Scheele, ist der „Hall. Zig.“ zufolge als definitiv zu betrachten. Als Hauptursache des Rücktritts wird angegeben, daß er dem Prinzen Albrecht den wenig erfolgreichen Rath gegeben habe, Plantagenbesitz in Usambata zu erwerben. —

verlor, und selber die Stunde ewiger Ruhe bald vorausahnte.

Durch einen jener Zufälle, wie sie nur das wirkliche Leben mit sich bringt, welches sich wenig um die Wahrscheinlichkeit kümmert, welche die Romandichter ihren Erfindungen zu geben sich bemühen, besand ich mich bei D'Herbois im Augenblicke seiner Abreise ins Exil. In der Hast konnte er mich nicht an meine Mutter zurücksenden. Die angeblichen „Retter der Familie“ respektiren sehr wenig die Familie anderer und die Gurgelabschneider des Dezembers ließen dem Verbannten keine Zeit, an die seinige zu denken. Obwohl seine Schwester, meine Mutter, eine Puppenerziehung genossen hatte, wie man sie den Mädchen in den Klöstern giebt und sie vollgestopft war von Vorurtheilen, die nichts zu wünschen übrig ließen, beeilte sie sich durchaus nicht ihren Sohn zurück zu fordern, für den sie überhaupt wenig Zuneigung empfand, da sie alle ihre mütterliche Zärtlichkeit ausschließlich meinem älteren Bruder Lucius Weglan widmete.

D'Herbois wünschte sich Glück zu diesem Umstande, welcher ihm gestattete eine wirkliche Rettung auszuführen, indem er den Jesuiten eine menschliche Intelligenz entriß, in welcher er hoffen konnte, edlere Gefühle zu pflanzen. Er wollte mich auch nicht jenen Pedanten anvertrauen, welche aus mir einen dummen Tölpel gemacht und mir eine unwiderstehliche Abneigung gegen jede Art von Studien eingebläht hätten. Er zog es vor, mich an der Seite seiner angebeteten Tochter Sylvia zu erziehen, indem er die amerikanische Sitte befolgte, anstatt die der Jesuiten, welche die Kinder einsperren, um sie desto ausschließlich zu beherrschen.

So unter der einsichtsvollen Leitung meines würdigen Oheims wuchs ich auf, in ungebundener Freiheit. Ich verbrachte nicht die schönsten Jahre meiner Jugend in diesen Kerker, welche man Schulen und Gymnasien nennt. Ich

verlor nicht meine kostbare Zeit mit dem Studium todtler Sprachen und es bekümmerte mich wenig, Dummheiten vadebrechen zu können in längst aus dem wirklichen Leben verschwundenen Sprachen, wie Stendhal sagte: „Man weiß deshalb doch nichts mehr vom Pferd, wenn man auch weiß, daß es auf lateinisch equus genannt wurde.“ Ich verlegte mich hauptsächlich auf die exakten Wissenschaften. Mein Oheim wiederholte mir oft, daß in der Welt Alles Wissenschaft sei, selbst das Gewissen. In allem machte ich tüchtige Fortschritte, auch im Zeichnen und sogar in der Bildhauerkunst, welches meinen zweiten Vater mit besonderer Freude erfüllte, da er von dem Grundsatz ausging, daß die Erlernung einer Handbeschäftigung für den Menschen nöthig sei, um sich überall und unter allen, wenn auch bescheidenen Umständen ernähren zu können. Sylvia hielt, wenn auch nicht in Allem, so doch in Manchem mit mir Schritt und unsere schönsten Stunden waren, wenn wir uns in der Gymnastik übten oder ungezwungen in der schönen Umgebung unserer Heimath, denn als solche betrachteten wir das Haus von Morne-Rouge, durch Busch und Wald streifen oder am Meeresstrande Arm in Arm dem Murmeln der Wellen lauschten.

Infolge der Gewohnheit, gemeinsam zu studiren, zu denken und zu leben, begann nach und nach uns jede Trennung Kummer, jedes Wiedersehen Freude zu bereiten. Ohne uns selber Rechenschaft über den Grund dieser Gefühle zu geben, konnten wir sie uns doch nicht verbergen.

Im Frühling, wenn der Blumensturz in seiner ganzen Pracht zum neuen Leben erwachte, gingen wir botanisiren und dehnten oft weit unsere Spaziergänge aus, wohin die schon leicht ermüdenden Glieder des Vaters ihn nicht mehr zu tragen vermochten.

Unbekannt mit der nüchternen Weltanschauung der großen Städte, flüsterten die Blumen uns das Geheimniß ihres Liebeslebens zu und sangen uns die Vögel, deren Sprache uns verständlich schien, die lieblichsten Weisen, die

wunderbar traut in unsere eigene Herzensstimmung hinein tönten.

Eines Tages, als ich einen steilen Felsen hinaufkletterte, eine seltene Blume zu holen, um Sylvia damit zu schmücken, machte mir meine liebevolle Gefährtin leise Vorwürfe; sie schien der leichte Schmerz, welchen ich empfand, viel mehr zu berühren, als mich.

„Warum,“ sprach sie, „setzt Du Dich solchen Gefahren aus, um eine barbarische Handlung zu begehen und eine arme Blume gefangen zu nehmen, die doch viel schöner ist, wenn sie im Boden wurzelt, sich inmitten ihrer Blätter in voller Frische erschließt und uns ihren süßen Duft spendet?“

„Verzeihe mir,“ sprach ich, einen leisen Kuß auf ihre reine Stirn hauchend, „Du, die Du so vollkommen bist! Warum haben doch die Menschen jene unwahrscheinlichen Wesen ausgedacht, welche man Engel nennt, wenn es uns erlaubt Geschöpfe zu lieben und zu bewundern, so vollendet wie Du?“

Je mehr wir heran wuchsen, um so mehr wuchs unsere Neigung und mein Onkel sah mit Freuden das Herz seiner Tochter sich zuwenden. Die durch seine uns erteilte Erziehung uns zu eigen gewordene Reinheit des Gemüthes, und die uns von ihm eingeflochtenen Grundfäden, nach denen Niemand auf der Welt sich wahrhaft glücklich schätzen kann, so lange nicht alle seine Mitmenschen gleichfalls glücklich sind, waren ihm Bürgschaft für das Glück unserer Zukunft.

Mit solcher Sorgfalt gemeinschaftlich erzogen, waren wir trotzdem dem Aeußeren nach freilich verschieden, und es befanden Rassenunterschiede zwischen uns genug, um auch daraus auf die Dauer unserer Liebe zu schließen; denn es ist schon oft genug ausgesagt worden, daß Angehörige verschiedener Rassen sich am stärksten lieben.

(Fortsetzung folgt.)

Deutsch-nordamerikanische Zollverhältnisse. Aus Washington wird telegraphiert: Dem Vernehmen nach hat der deutsche Botschafter am 28. August d. J. dem Staatssekretär Gresham eine Protestnote gegen die Tarifklausel übergeben, durch die ein Exzisezoll von ein Zehntel Cent per Pfund auf Zucker aus Ausfuhrprämien zahlenden Ländern gelegt wird. Die Note stützt sich darauf, daß die Tarifklausel, weil eine Differenzierung enthaltend, Verletzung des bestehenden Vertragsverhältnisses sei.

Beamtenkorruption. Zwei Meldungen von Unterschlagungen durch hohe Beamte treffen heute fast gleichzeitig ein; sie beweisen, daß, so sehr der gute Ruf des Beamtentums auch gewahrt wird, doch nicht verheimlicht werden kann, daß auch an dieser Eiche der Wurm nagt. Die Nachrichten lauten:

Von der oberösterreichisch-polnischen Grenze wird der „Königshütter Ztg.“ mitgeteilt, daß der Landrat von Wendzin in Polen seines Amtes entsetzt wurde, weil er das vom Kreis für Choleraarbeiten bewilligte Geld unterschlagen und die im Kreis anässigen Fabrikbesitzer gezwungen hat, auf eigene Kosten Choleraarbeiten zu bauen.

Aus Wien wird berichtet, daß der Generalkonsul in New-York, Palitschek, wegen Unterschlagung von 42 000 R. Erbschaftsgeldern, die zu wohltätigen Zwecken bestimmt waren, seines Amtes entsetzt werden mußte.

Die antiolektivistischen Bauernschädel wollen sich nirgends mehr bewähren. Ueberall bringt die Wahrheit in sie hinein, und namentlich die Erkenntnis, daß gerade die Herren, die sich als privilegierte Bauernbesitzer und Bauernwohlthäter aufspielen, die Hauptbauernschinder sind. Auch in Frankreich, wo der Bauernschädel bisher noch für härter und undurchdringlicher gegolten hat als selbst der westfälische des Schorlemer-Ast, hat der Umschwung sich vollzogen, und das Programm, welches der Nanter Kongress für die Propaganda auf dem Land entworfen hat, findet unter der französischen Bauernbevölkerung einen so außerordentlichen Anklang, daß der „Temps“, das Hauptorgan des französischen Bürgerthums, sich zu der erstaunlichen Konfession entschlossen hat, eine der Forderungen dieses Programms: die Beschaffung von Gemeinde-Ackerbaumaschinen für vernünftig zu erklären und der Regierung zu empfehlen.

Und es wird noch besser kommen!
Apropos, die „Magdeburger Zeitung“ nennt das Nanter Programm: „Bauernfang oder Bankrotterklärung“. Das nationalliberale Musterblatt hat hier offenbar die Sozialisten mit seiner eigenen Partei verwechselt.

Antimilitarismus aus Belgien. Aus Brüssel wird unter dem 1. d. M. gemeldet: Heute Abend kam es am Schluß einer von den Sozialisten gelegentlich der Rekruteneinstellung veranstalteten antimilitaristischen Kundgebung auf dem „Place de la Chapelle“ zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Die Polizei ging vor und bewirkte eine Anzahl Verhaftungen.

Gestern wurden Siege, heute eine Niederlage vom holländischen Kolonial-Kriegsschauplatz gemeldet.

Den „Nieuws van den Dag“ wird nämlich aus Batavia telegraphisch gemeldet, daß infolge der falschen Meldung eines Spions eine Truppenabtheilung in einen Hinterhalt gefallen ist. Ein Hauptmann und ein Lieutenant wurden getödtet, ein Lieutenant und neun Mann verwundet.

Der internationale Kongress für Arbeiter-Unfallversicherung wurde am 1. Oktober in Mailand in Gegenwart vieler Senatoren, Deputirten, Nationalökonom, fremden Staatsmännern, Unternehmern etc. und bei völliger Abwesenheit von Vertrauensmännern der Arbeiter eröffnet. Buzzatti wies in seiner mit Beifall ausgenommenen Eröffnungsrede darauf hin, die Lösung des Problems bestehe darin, überall da, wo es möglich sei, die Versicherung an die Stelle der Wohlthätigkeit zu setzen, hob hervor, daß bei dem Erfolge der Wohlthätigkeit durch die vorzorgende Unfallversicherung eine weitgehende Gleichheit in den Verhältnissen der Einzelnen erzielt werde, und schloß mit einer warmen Aufforderung zur Einigkeit bei diesem arbeiterfreundlichen Kongress.

Herr Buzzatti, der bekannte Bourgeois-Nationalökonom und ehemalige Minister, meinte wohl, daß in Italien eine Arbeiterversicherung nicht möglich sei. Die italienische Bourgeoisie hat mit dem Schutze ihrer Panaminobellen jetzt eben so viel zu thun, daß sie selbst an so kleinliche Sozialreformen, wie die Einführung der Unfallversicherung nicht denken kann.

Uebrigens wird dieser Kongress so wie seine Vorgänger bedeutungslos sein, wenn man nicht etwa meint, daß die Bankette und weinseligen Tischreden, wie die Vergnügungsreisen der Delegirten die Hauptfache sind, und der Kongress selbst bloß als angenehmer Vorwand für die Unterhaltungen zu betrachten ist.

Ueber die weiteren Verhandlungen meldet eine Mailänder Depeche u. a.:

Bouquet, Unterdirektor im Handelsministerium zu Paris, berichtete über die Organisation der Fabrikinspektionen in Frankreich. In der Versammlung herrschen zwei Strömungen: die eine will, daß die Inspektion von den Arbeitern ausgeht, die andere verlangt die Mitwirkung des Staates. Ueber denselben Gegenstand berichtete v. Rayn-Strasbourg bezüglich Deutschlands; derselbe ist für das Zusammenwirken des Staates mit den Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Ferner sprachen der Sekretär der königlichen Arbeitskommission Drage, der die englische Organisation erklärte, und Yves Guyot, der gegen die Mitwirkung des Staates, die zum Kollektivismus führe, ist und die Arbeiter zum Widerstande gegen die Kapitalisten auffordert. Es folgte die Beratung der Frage der Frauen- und Kinderarbeit in industriellen Etablissements und Bergwerken, Berichterstatter Belloc, Inspektor im italienischen Handelsministerium.

Anarchistische Kapitalisten. Eine ungeheuerliche Nachricht übermittelt ein Kabellegramm des Bureau Reuters aus Chicago: Der Präsident des Vereins der Affekturadeure, Littlejohn, erklärte in der jüngsten Versammlung desselben, daß die kürzlich großen Waldbrände von den „Holzkönigen“ in Szene gesetzt worden seien, von denjenigen Holzhändlern, welche die Preise des Bauholzes durch die Beschlässe ihres Kartells bestimmen. Er habe eingehende Untersuchungen darüber an Ort und Stelle vorgenommen. Der Beweggrund der Brandstiftung sei der gewesen, daß es nicht an den Tag kommen sollte, daß so viele Bäume ungeschlicher Weise gefällt worden wären.

Hier sieht man wieder, zu welchen Konsequenzen der gemeinschädliche Kapitalismus hinführt. Die Propaganda der That der Anarchisten erscheint dem Gebahren dieser kapitalistischen Magnaten gegenüber in mildem Lichte. Die ehrlichen Anarchisten verfolgen mit ihrer Propaganda der That wenigstens keine egoistischen Zwecke, den anarchischen

Kapitalisten dagegen kommt es nicht darauf an, auch ganze Städte in Brand zu stecken, vollbemannte Schiffe untergehen zu lassen, wenn sie damit nur ihrer Profitwuth genügen können.

China-Japan. Nach den neuesten Nachrichten sind die Japaner mit zwei Expeditionen in China eingedrungen, und marschiren von Norden und von Süden auf die Hauptstadt Peking los.

Zum Fall Brausewetter.

Ein Nachspiel zum sogenannten „Gummischlauch-Prozess“ wurde heute vor der vierten Strafkammer hiesigen Landgerichts unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Martius verhandelt. Wegen Verleumdung des Landgerichtsdirektors Brausewetter wurden der Chefredakteur der „National-Zeitung“ Siegfried Ernst Röbner und der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts“, Hugo Böhsch zur Verantwortung gezogen. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Stachow II, die Verteidigung führt Justizrath Munkel. Bekanntlich wurde in dem Prozesse Adam und Genossen, bei dem Landgerichtsdirektor Brausewetter den Vorsitz führte, ein Schuhmacher Ahlesfeld als Entlastungszeuge vernommen, bezüglich seiner Vorstrafen scharf inquiriert und schließlich wegen Verdachts des Meineides verhaftet. Zu den vielen Kritiken über das Verhalten des Landgerichtsdirektors Brausewetter, die im Anschluß an jenen Prozess in der Presse erschienen, gehört auch ein in Nr. 296 der „National-Zeitung“ veröffentlichter Artikel, der als „von einem namhaften deutschen Juristen, langjährigen Mitgliede der höchsten Gerichtshöfe“ herrührend bezeichnet wurde. Es heißt in dem Artikel u. A.: „Ich möchte noch auf einen besonderen Punkt aufmerksam machen. Der Zeuge Ahlesfeld, der für die Anklage nicht günstig ausgesagt hatte, wurde nach den übereinstimmenden Zeitungsberichten folgendem Verhör unterzogen: Präsi.: Sind Sie schon bestraft? — Zeuge: Nein. — Präsi.: Noch nie? — Zeuge: Ja, einmal wegen Körperverletzung und einmal wegen Verleumdung. — Präsi.: Nicht wegen Eigenthumsvergehen? — Zeuge: Nein. — Präsi.: Nicht wegen Diebstahls, Unterschlagung, Untreue oder dergleichen? — Zeuge: Nein. — Präsi.: Und das nehmen Sie auf Ihren Eid. — Zeuge: Jawohl! — Nunmehr trat sofort ein Kriminalkommissar vor und verlas ein Strafregister, wonach der Zeuge bereits 15 Strafen, auch wegen Diebstahls, erlitten hatte. Der Zeuge wurde daraufhin sofort wegen Meineides verhaftet, obgleich er wiederholt behauptete, daß die vorgesehnen Strafen nicht ihn, sondern seinen Bruder betrafen hätten. Wie die Sache sich aber auch verhalten mag, so wußte doch offenbar der Vorsitzende bei Stellung seiner Fragen, daß die von dem Zeugen angeblich erlittenen Strafen gegen ihn vorlagen. Er trahete also nur bei dem ersten „Nein“ des Zeugen ihm darauf aufmerksam zu machen und zu verwarnen, dann wäre die Sache aufgeklärt worden. Statt dessen führt er ihn weiter bis zu der letzten Frage, „Nehmen Sie das auf Ihren Eid?“ Hat der Zeuge mit seiner Antwort: „Ja wohl“, einen Meineid begangen, so ist er dazu verurtheilt worden. Wie kann ein Richter so etwas veranworten?“ — Diesen Artikel druckte der „Vorwärts“ in Nr. 108 vom 12. Mai d. J. nach. Landgerichtsdirektor Brausewetter fühlte sich durch diesen Artikel beleidigt, zumal der Vorgang bei der Vernehmung des Zeugen Ahlesfeld sich anders als berichtet worden, zugetragen haben soll und stellte den Straf Antrag. Brausewetter behauptet, dem Vernehmen nach, die Vorstrafen des Zeugen nicht gekannt zu haben, da derselbe erst im letzten Moment auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Friedmann geladen wurde. Auch habe der Staatsanwalt die Fragen nach den Vorstrafen angeregt. Inzwischen verbreitete sich das Gerücht, daß der Reichsgerichtsrath a. D. Baer der Verfasser des inkriminirten Artikels sei. Dieser wurde auch zur Verantwortung gezogen, er hat jedoch jede Erklärung abgelehnt. Da weitere Beweise für die Autorität des Reichsgerichtsraths Baer nicht vorhanden sind, so wurde die Anklage gegen Röbner und Böhsch erhoben, die sich heute wegen Verleumdung des § 186 des Strafgesetzbuches vor Eingang des bezeichneten Gerichtshofes zu verantworten haben. Als Zeugen sind zur Stelle: Landgerichtsdirektor Brausewetter, Staatsanwalt Dr. Benedix, Stenograph Brunwald und Kriminalkommissarius Bösel.

Nach Verlesung des Artikels macht Angeklagter Röbner den prinzipiellen Einwand, daß es sich in dem Artikel gar nicht um Thatfachen, sondern um einige aus früher gemeldeten Thatfachen gezogene Schlussfolgerungen handele.

Angeklagter Böhsch bestritt die beleidigende Absicht. Er habe es nur für Pflicht der Presse gehalten, die Art des Inquirirens des Landgerichtsdirektors Brausewetter in jenem Prozesse zu besprechen.

Der erste Zeuge, Kriminalkommissarius Bösel, entfuhr sich nur noch, daß in dem Prozesse Adam und Genossen von der Vertheidigung in letzter Stunde Entlastungszeugen geladen worden seien und daß Staatsanwalt Benedix in den Geschäftsräumen der Kriminalpolizei erschienen sei, und darum gebeten habe, ihn über die Personalien dieses Zeugen zu orientiren. Er (Zeuge) habe dann während einer Pause in der Verhandlung dem Staatsanwalt Benedix gesagt, daß er die betreffenden Notizen über die Zeugen bei sich habe und sei dann, als Ahlesfeld bei dem Ablegen seiner Vorstrafen verblüht, als eine Aufforderung des Staatsanwalts mit diesen Notizen hervorgetreten. Mit Herrn Landgerichtsdirektor Brausewetter habe Zeuge vorher kein Wort gewechselt.

Staatsanwalt Dr. Benedix bittet, bei seiner Vernehmung zu der gefehlichen Eidesformel noch den Zusatz „durch Jesum Christum zur ewigen Seligkeit Amen“ machen zu dürfen. Der Zeuge bekräftigt, daß er die Kriminalpolizei angegangen habe, über Zeugnis und Persönlichkeit der in letzter Stunde von der Vertheidigung vorgeladenen Zeugen Recherchen anstellen. In einer Pause habe Kriminalkommissarius Bösel ihm gesagt, daß die Recherchen angestellt worden seien. Er habe, als Ahlesfeld als Zeuge austrat, von demselben einen sehr schlechten Eindruck gewonnen, schon deshalb, weil dieser angegeben hatte, Dissident zu sein. Von den Vorstrafen Ahlesfelds habe er aber keine Kenntniß gehabt. Er habe Herrn Landgerichtsdirektor Brausewetter gebeten, bei Befragung der Entlastungszeugen auch Fragen über ihre Vorstrafen an dieselben zu richten. Diese Bitte sei aber ganz en passant geschehen und er glaube nicht, daß er dabei des Herrn Bösel Erwähnung gethan habe. Gerade wegen des schlechten Eindrucks, den der Zeuge Ahlesfeld auf ihn gemacht, habe er dann angeregt, denselben nochmals genau nach etwaigen Vorstrafen zu befragen, nachdem er gesehen, wie der Kommissarius Bösel seine Notizen hervorgezogen habe und Zeichen des Staunens machte. Er habe sich dann die Notizen heraufreichen lassen und daraus gesehen, daß etwa 16 Vorstrafen vorhanden waren.

Zeuge Landgerichtsdirektor Brausewetter läßt sich ohne den Zusatz „durch Jesum Christum“ vereidigen: Er habe, seines Erinnerns, den Zeugen Ahlesfeld in Allgemeinen nach seinen Vorstrafen gefragt und als derselbe nur geringe Vorstrafen zugeb, ihn vereidigt und vernommen. Dann habe der Staatsanwalt noch einmal gebeten, den Zeugen nach seinen Vorstrafen zu befragen. Der Zeuge habe auch auf ihn den denkbar schlechtesten Eindruck gemacht und er habe ihm deshalb eine Reihe von Delikt-Gattungen vorgehalten. Er habe weder den Zeugen gekannt, noch seine Vorstrafen, das beweise schon die Thatfache, die die Zeitungen „natürlich“ verschwiegen haben; daß er, als schließlich die Vorstrafen des Zeugen mitgetheilt wurden, ausdrücklich bedauert habe, von den Vorstrafen Ahlesfelds vorher keine Kenntniß gehabt zu haben. Auf eine direkte Frage des Justizraths Munkel erklärt der Zeuge positiv, daß ihm nicht bekannt war, ob und

welches Material gegen Ahlesfeld in den Händen Bösel's war. Die Vorstrafen des Zeugen seien ihm damals ganz unbekannt gewesen und der Artikelschreiber habe gemerkt, daß er eine Lüge niederschrieb, als er ihn angriff. — Justizrath Munkel: Der Herr Zeuge wiederholt hier also seine schon in der Strafanzeige ausgesprochene Ansicht, daß der Schreiber des Artikels gefälscht eine Lüge geschrieben habe. — Zeuge Brausewetter: Der Mann, der den Artikel geschrieben, hat ihn nur in der Absicht geschrieben, mich schwer zu beleidigen. In dem stenographischen Bericht und in dem Berichte der Zeitungen stand nichts von dem, was der Artikelschreiber behauptet. Es ist doch stark, einem Richter zumuthen, daß er einen Angestellten gewissermaßen zum Meineide gebrängt habe. Justizrath Munkel: Siebt der Zeuge zu, in der Verhandlung des Prozesses Adam und Genossen zu dem Angeklagten Repler gesagt zu haben: Wenn Sie aus dem „Vorwärts“ schöpfen, so ist das die trübste Quelle? — Zeuge: Das ist wohl möglich. — Vertheidiger: Hat der Herr Zeuge weiter gesagt: „Durch eine Zeitung nach der andern wird die Sache immer größer und immer mehr aufgebauscht. Der Redakteur weiß also immer, daß die Sachen aufgebauscht sind. Bei allen Sachen, die wir in den Zeitungen lesen, sind wir doch überzeugt, daß sie zum Theil nicht wahr sind? — Zeuge: Ich verweigere die Auskunft. Soll denn hier eine Untersuchung gegen mich stattfinden? — Verth.: Das nicht. Ich will dem hohen Gerichtshof nur vorführen, aus welchen Gründen ich für meinen Klienten den Schutz des § 193 in Anspruch nehme. — Zeuge: Es ist doch gar nicht zweifelhaft, daß in der Presse viele Unwahrheiten stehen, wir leben ja doch alle Tage, daß die Zeitungen sich gegenseitig Lügen und Verleumdungen vorwerfen. Ich lehne eine Verantwortung weiterer derartiger Fragen ab. — Verth.: Dann müßte man den Herrn Zeugen zwingen, seine Aussage zu machen. — Zeuge: Zwingen wird sehr schwer sein, denn ich habe nur das auszusagen, wozu mir mein Präsident die Genehmigung erteilt hat. Die Genehmigung meines Präsidenten ermächtigt mich nur, darüber aufzugeben, ob ich von den Vorstrafen des Ahlesfeld etwas gewußt habe. Ich lehne weitere Antworten auf Fragen, die nicht zur Sache gehören, ab. — Verth.: Siebt der Herr Zeuge zu, auch das geflügelte Wort gesprochen zu haben: „Die Oeffentlichkeit existirt nicht“? — Zeuge: Es handelt sich um eine Aeußerung, die ein Vertheidiger vielleicht nicht ganz ohne Absicht mißverstanden hat. Es war vorher von einer Oeffentlichkeit, vor der sich der Polizeipräsident zu verantworten habe, die Rede, und da habe ich gesagt: eine solche Oeffentlichkeit existirt nicht. Was darüber nachher in die Zeitungen gebracht wurde, ist eine große Verdrehung meiner Worte, die wohl nicht absichtlich war.

Als Zeuge wird dann noch der Journalist und Stenograph Brunwald vernommen. Er hat s. Z. die später als Broschüre erschienenen stenographischen Aufnahmen über die Verhandlungen Adam und Genossen verfaßt und bestätigt, daß die drei vom Vertheidiger angezogenen Aeußerungen des Vorsitzenden Brausewetter gefallen seien. Nur bei einer Aeußerung habe sich ein Druckfehler eingeschlichen. Es müsse nicht heißen: „Durch eine Zeitung nach der andern wird die Sache immer größer“, sondern: „Durch eine Erzählung nach der andern“.

Die Beweisaufnahme ist hiermit erschöpft. Staatsanwalt Stachow: Schon der Eingang des Artikels sei sehr wenig schmeichelhaft für den Landgerichtsdirektor Brausewetter, im weiteren Verlaufe aber werde in dem Artikel einem preussischen Richter direkt vorgeworfen, einen Meineid veranlaßt zu haben. Der Artikel enthalte Vergehen gegen § 185 und 186 und eine sehr schwere Verleumdung gegen den Direktor Brausewetter. Die Verhandlung habe ergeben, daß letzterer weder von den Vorstrafen des Ahlesfeld, noch von der Thatfache, daß ein Verzeichniß derselben vorlag, Kenntniß gehabt hat. Der amtierende Staatsanwalt hatte nur das gethan, was in der Strafprozessordnung durchaus vorgesehen ist, indem er Recherchen über die Persönlichkeiten von Zeugen anstellen ließ, der Vorsitzende ist aber ohne Kenntniß davon an die Vernehmung des Ahlesfeld herangetreten. Die thatsächlich vorhandene Verleumdung könne nicht dadurch aufgehoben werden, daß der Artikel von einem Manne in hoher richterlicher Stellung herrühren soll. Der § 193 könne auch Angesichts der allgemeinen Bemerkungen des Direktors Brausewetter über die Presse etc. nicht Platz greifen. Wenn er gesagt, daß in einer sozialistischen Prozesssache das Organ der sozialdemokratischen Partei nicht als ganz reine Quelle angesehen werden könne, so sei dies doch zu treffend, ebenso, daß manche Dinge in den Zeitungen aufgebauscht werden, nicht durch die Schuld der Redakteure, sondern der Zuträger. In Bezug auf die nicht bestehende Oeffentlichkeit sei die Bemerkung des Direktors Brausewetter zweifellos falsch ausgelegt worden. Wenn einem Vorsitzenden, der in stürmischen Prozesssagen das Mögliche leistet, um die Wahrheit zu erschaffen, so schwere Verleumdungen angehängt werden, so müsse man überlegen, ob nicht eine Gefängnisstrafe am Plage sei. Nur weil der Artikel zuerst in einem Blatte wie die „National-Zeitung“ erschienen, die nicht als sensationell bekannt ist und weil der Artikel gewiß in guter Absicht veröffentlicht wurde, beantrage er die höchste zulässige Geldstrafe von je 1500 M. eventuell 100 Tage Gefängnis.

Angeklagter Röbner: Durch die Zeugenaussagen sei festgestellt, daß sich im Gerichtsfall in der Person des Kommissarius Bösel ein Mann befand, der das Verzeichniß der Vorstrafen des Ahlesfeld bei sich führte. Die Möglichkeit war also gegeben, festzustellen, daß der Zeuge Vorstrafen thatsächlich erlitten hat. Es ist aber diese mögliche Feststellung unterlassen worden. Er bitte genau zu unterscheiden, daß zwei ganz verschiedene Dinge kombiniert sind. Die Zeitungsberichte über den Prozess Adam waren mehrere Tage vorher erschienen und auf Grund dieser Berichte habe der Verfasser den Artikel geschrieben. Herr Brausewetter sage: „natürlich“ hätten die Zeitungen eine seiner Aeußerungen verschwiegen; er könne darauf nur sagen, daß diese Berichte optima fide angefertigt seien und „natürlich“ ebenso wenig ganz erschöpfend ausfallen können, wie Parlamentsberichte. Er habe die Verantwortung für den Artikel übernommen, weil der Verfasser ein altlicher, fränklicher Herr ist, er versichere aber nochmals, daß es sich um einen Richter in ungefähr derselben Stellung handele, in der sich der in Cassel vernommene Herr befindet. Wenn die „National-Zeitung“ einen aus solcher Quelle stammenden Artikel aufnimmt, so sage Herr Brausewetter einfach, der Artikel enthalte eine „Lüge“. Das sage er, trotzdem er weiß, daß als Verfasser ein Mann verdächtigt war, der im Richterstande höher stand, als der Landgerichtsdirektor Brausewetter. Das sei charakteristisch genug. Warum sollte der Artikel nicht aufgenommen werden? Notorisch sei es, daß die Zeitung in dem Prozesse Adam durch Herrn Brausewetter in ganz Deutschland das größte und unliebsamste Aufsehen erregt habe. Notorisch werde ferner bei der Vernehmung von Zeugen nicht immer die genügende Vorsicht bewahrt, das beweise die Thatfache, daß der Landesrath sich (mit Vorschlägen zur Abänderung der Eidesleistung beschäftigte. Den Artikel habe also nicht Jemand verfaßt, der lägen wollte, wie Herr Brausewetter sagt, sondern ein hochgestellter Mann, der sein Leben lang in preussischen Gerichten zugebracht und dem höchsten Gerichtshofe angehört hat, diesen das Wort zu erteilen, habe die „National-Zeitung“ keinen Anstand nehmen können. Der Angeklagte führt des Weiteren aus, daß „Thatsache“ in dem Artikel gar nicht vorliege, ebensowenig ein schmähendes Wort, und daß somit Herr Brausewetter durch den Artikel in der öffentlichen Meinung nicht herabgesetzt werde.

Vertheidiger Rechtsanw. Munkel: Darüber sei wohl kein Zweifel, daß es sich am 8. und 9. Mai in dem Prozesse Adam um einen Prozess gehandelt habe. In dem inkriminirten Artikel handele es sich nicht um Thatfachen, sondern um Schimpf-

folgerungen aus vorliegenden Thatsachen. Es sei ja leider eine Thatsache, die jetzt durch Geschehnisse aus der Welt geschafft werden soll, daß in vielen Fällen der Richter leider eine Mitwirkung bei manchen Verbrechen ausüben muß. Es handle sich nur darum, ob es nicht ein nobilit officium des Richters sei, alles, was in seiner Macht liegt, zu thun, um einen Zeugen von einem Verbrechen abzuhalten. Hier in diesem Falle liege die Sache doch nur so: ein Beamter hatte Kenntnis von dem Verbrechen und den Verbrechen des Zeugen gehabt und er hatte einer höheren Stelle, nämlich dem amtierenden Staatsanwalt, Mitteilung davon gemacht, daß er diese Kenntnis habe. Durch ein Verhängnis habe dann gerade der Vorstehende Einzelstrafen an den Zeugen gerichtet, die beinahe das ganze Strafregister erschöpfen. Unmittelbar nachdem der Zeuge dann die Antworten auf diese Fragen „unter seinem Eide“ falsch beantwortet, sei dann der Kriminalkommissarins Bösel aufgetreten und habe nun die ganze Eide der Vorstrafen vorgelesen. Da müsse doch der Laie und die Presse zu der Ueberzeugung kommen, daß unmöglich alles in Ordnung sein könne, wenn hier ein Mensch mit solchen Vorstrafen in die Lage gebracht worden sei, noch das schwere Verbrechen eines Meineides zu begehen, obgleich man es rechtzeitig hätte hindern können, da man rechtzeitig von den wirklichen Vorstrafen Kenntnis hatte. Wenn man die Einheit der Behörden annehme, wie sie sich nach außen hin präsentiren, so müsse man zu der Folgerung kommen, daß entweder in irgend einer Person oder in der Einrichtung etwas nicht in Ordnung sei. Dem Staatsanwalt sei es doch bekannt gewesen, daß auf der Polizei Nachrichten nach dem Verbrechen des Zeugen angestellt worden seien; daß es sich dabei auch um Vorstrafen handelte, war doch klar, denn nach dem Glaubensbekenntnis des Zeugen wollte man doch gewiß nicht fragen, auch nicht nach seinen finanziellen Verhältnissen. Die Presse dürfe Kritik üben an öffentlichen Verhältnissen, wozu doch auch die Rechtspflege gehöre, sie dürfe auch die Behauptung aufstellen, daß das Verhalten eines Gerichtsvorsitzenden nicht der ratio legis entspreche. Die Presse werde doch wohl auch noch sagen dürfen, daß die Art und Weise, in welcher in jenem Prozesse der Vorsitz geführt worden ist, dem allgemeinen öffentlichen und rechtlichen Interesse nicht entsprochen habe. Diese Ueberzeugung sei in den weitesten Kreisen vorherrschend gewesen. — Bei dem Angeklagten Bösch komme noch hinzu, daß bei ihm der § 198 Platz greifen müsse. Es lasse sich nicht leugnen, daß Herr Landgerichtsdirektor Brausewetter über die Presse im Allgemeinen und das Organ, das der Angeklagte vertritt, im Besonderen Bemerkungen gemacht habe, die doch mindestens ebenso wenig zur Sache gehörten, als dies nach seiner Ansicht mit den Bemerkungen über seine Person der Fall war. Mag man in dem Artikel immerhin eine herbe, ja vernichtende Kritik erblicken, die habe der Verfasser allerdings gewollt. Im Uebrigen aber sollte nicht die Person des Direktors Brausewetter getroffen werden, sondern seine Verfahrensweise. Deshalb sei der Artikel strafrei, so unangenehm er auch dem Direktor Brausewetter sein möge.

In längeren Revisten und Duplizen wird unter anderem vom Angeklagten Köbner hervorgehoben, daß der Artikel der „National-Zeitung“ nicht nur in den bösen „Vorwärts“ übergegangen, sondern von 20, 30 Zeitungen aller Schattierungen bis zur äußersten Rechten abgedruckt sei. Daraus gehe doch wohl hervor, daß im allgemeinen aus den Verhandlungsberichten dieselben Schlussfolgerungen gezogen worden seien, die der „preussische Richter“ gezogen habe. Das Urteil lautete auf eine Geldstrafe von je 600 Mark oder für je 10 W. einen Tag Gefängnis. Dem Verurteilten, Landgerichtsdirektor Brausewetter sei die Publikationsbefugnis in der „National-Zeitung“ und im „Vorwärts“ zugesprochen worden. Nach Ansicht des Reichsgerichtes liege die über Direktor Brausewetter behauptete Thatsache beleidigender Natur. In dem Artikel sei die nackte Behauptung aufgestellt, daß der Leiter der Verhandlung die Strafen eines Zeugen gekannt, aber trotz dieser Kenntnis denselben weiter befragt und so gewissermaßen zum Meineide gedrängt habe. Daß dieser Vorwurf beleidigend sei, müßte den Angeklagten bei ihrem Bildungsgrade einleuchten. Es sei nun mit Sicherheit erwiesen, daß Direktor Brausewetter von den Vorstrafen des Zeugen keine Kenntnis gehabt habe. Der § 198 des Strafgesetzbuches könne den Angeklagten nicht schuldig zur Seite stehen, da eine Abwehr nicht vorliege. Es sei eine nicht zu hohe Geldstrafe für ausreichend erachtet worden, denn der Reichsgericht habe dem Angeklagten Köbner geglaubt, daß ein hochstehender Jurist der Verfasser des Artikels sei. Bei dem zweiten Angeklagten komme mildernd in Betracht, daß er den Artikel einer angesehenen Zeitung entnommen habe. Die Verhandlung war erst um 3/4 Uhr beendet.

Parteinachrichten.

Von der Agitation. In Halle a. S. sprach nach einem Zwischenraum von mehr als einem Jahre, während dem er zum Theil im Gefängnis zugebracht hatte, der Gen. K u n e r t über: Die Nothwendigkeit einer tiefgehenden Reform der deutschen Rechtspflege. Im Anschluß an das sehr zeitgemäße und mit großem Beifall ausgenommene Referat schloß sich eine lebhaft diskutierte und wurde schließlich folgende Resolution angenommen: Die Versammlung erkennt mit dem Referenten an, daß eine tiefgreifende Umgestaltung der Rechtspflege zu einer dringenden Nothwendigkeit geworden ist, daß die Wurzeln des modernen Verbrechenstums in der kapitalistischen Wirtschaftsweise, in Mangel, Noth, in Unbildung und Robheit zu suchen sind, — und daß eine wirksame und vollständige Beseitigung des Verbrechens als Massenerleichterung nicht durch mehr oder minder barbarische Strafen erreichbar, sondern nur erreicht werden kann durch die von der Sozialdemokratie angestrebte Neugestaltung der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Zustände, also durch den siegreich durchgeführten Klassenkampf des modernen Proletariats.

Zum Parteitag in Frankfurt am Main wurde in Bremerhaven der Genosse Schmalfeldt gewählt. — In Gera wurden die Genossen Adler und Vetterlein gewählt. — Die Parteiversammlung des 7. badischen Wahlkreises Offenburg wählte Frau Klara Jettin als Delegirte. — Am 10. badischen Reichstags-Wahlkreis Karlsruhe-Bruchsal wurde die Genossin Schürle-Walch und A. Häber-Rastbach als Delegirte gewählt. — In Essen wurden die Genossen Hui und Wächter gewählt.

Gegen Denkmäler. Der sozialdemokratische Volksverein für Burscheid und Umgegend hat den Beschluß gefaßt, an den diesjährigen Parteitag zu Frankfurt a. M. folgenden Antrag zu richten:

Der Parteitag wolle beschließen: Es dürfen Gelder zur Errichtung von Denkmälern für verstorbene Parteigenossen nicht gesammelt werden. Gründe: Wie aus Mittheilungen im „Vorwärts“, der „Ab-Westf.-Ztg.“ (Dortmund) und anderen Parteiblättern hervorgeht, beabsichtigen die Parteigenossen von Dortmund, dem verstorbenen Genossen Tölke ein Denkmal zu errichten und gründen dazu einen Fonds. Der sozialdemokratische Volksverein von Burscheid und Umgegend ist mit allen Parteigenossen darin einig, daß der Genosse Tölke durch seine langjährige Thätigkeit und sein aufopferungsvolles Wirken in unserer Partei sich in den Herzen der Parteigenossen ein unvergängliches Denkmal gesetzt hat. Der Verein steht aber in der Erbauung von Denkmälern von Stein oder Erz lediglich eine Nachahmung bürgerlicher Gebräuche und erklärt sich prinzipiell entschieden dagegen, daß den Arbeitern in ihrer schlechten materiellen Lage durch solche äußere Zeichen pekuniäre

Opfer aufgelegt werden. Der sozialdemokratische Volksverein von Burscheid und Umgegend betrachtet die Erbauung von Denkmälern als einen überwindenen Standpunkt, und erwartet von den Delegirten des Reichstags Solingen, daß sie auf dem Parteitag obigen Antrag vertreten werden.

Parteiökonomie. Am Sonntag, den 30. September, fand in P a n g e l s h e i m a. P a r z der sozialdemokratische Parteitag für Braunschweig statt. Beschied wurde derselbe aus 30 Orten. Genosse Stegmann wurde einstimmig als Landes-Vertrauensmann wiedergewählt. Bezüglich der Landtagitation, über die eine lange Debatte gepflogen wurde, waren sich alle Delegirten dahin einig, daß augenblicklich weder sozialdemokratische Agrarkommissionen, noch Erweiterungen des Programms etwas näher könnten. Jede Agitation gegen die Religion sei aus taktischen wie aus prinzipiellen Gründen zu verpönen. Die Versammlungen von Herrn Kraak und Herrn Pastor Scaall wurden insofern mibilligt, als sie von Sozialdemokraten einberufen waren. Bei der Besprechung des „Landboten“ wurde vermischt, daß derselbe nicht für die ländliche Bevölkerung geschrieben sei, was jedoch darauf zurückzuführen ist, daß derselbe eben einfach aus dem Inhalt des für das städtische Proletariat geschriebenen „Volksfreund“ entnommen ist. Eine Aenderung ist aber aus finanziellen Gründen zunächst unthunlich. Die Bescheidung des Parteitags soll von jedem Wahlkreis nur durch je einen Delegirten geschehen.

Die Kreisversammlung des Reichstags-Wahlkreises West-Preignitz, welche am Sonntag, den 30. September, in der Zentralsalle zu Wittenberge stattfand, war aus 9 Orten mit 24 Delegirten besetzt. Nachdem die Vertrauensleute über den Stand der Bewegung, der im allgemeinen als ein guter hingestellt wird, berichtet haben, wird über ein Organisationsstatut berathen. Angenommen wurde, ein Kreisvertrauensmann zu wählen, dem die Vertrauensleute unterstellt sind. In Orten, wo es möglich ist, wird den Genossen die Bildung politischer Vereine zur Pflicht gemacht. Der Kreis soll in mehrere Distrikte eingetheilt werden. Jedes Jahr vor dem Parteitag soll eine Kreisversammlung stattfinden. Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: die Presse, wird folgende Resolution angenommen: „Die Kreisversammlung beschließt: Die „Brandenburger Zeitung“ wird als Partei-Organ des Reiches West-Preignitz anerkannt. Den Genossen wird es zur Pflicht gemacht, für die Einföhrung und Verbreitung des Blattes zu sorgen. Gleichzeitig legt die Konferenz dem Blatte die Verpflichtung auf, nach Möglichkeit den örtlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen.“ Zum Kreis-Vertrauensmann wird Friseurmeister Wittenberge einstimmig und der Genosse Thiemie zu dessen Ersatzmann gewählt. — Mit der Vertretung des Reiches auf dem Parteitag zu Frankfurt a. M. wird der Genosse Kiesel-Berlin beauftragt. Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Vorsitzende ermahnt, für nachhaltige Durchführung der Beschlüsse zu wirken, und schließt um 5 Uhr mit einem Hoch, dem der Gesang der Marxellaise folgte, die Konferenz.

Zur Verantwortlichkeit der Redakteure. In einer Nummer der Breslauer „Volkswacht“ stand ein Bericht über eine freilichige Versammlung. Durch die darin enthaltenen Ausführungen fühlte sich der Vorsitzende jener Versammlung beleidigt und stellte gegen beide Redakteure Strafantrag. Als verantwortlich hatten die betheiligte Nummer gegachtet: für Politik, Feuilleton, Kleine Rundschau: Reinhold Schreß, — für den übrigen redaktionellen Theil: Alb. Friedrich. Die betreffende Notiz befand sich unter der Rubrik „Schlesien“, war also der provinzielle Theil der „Volkswacht“ und gehörte nach Auflosung und Proxiss der „Volkswacht“-Redaktion zu dem sogenannten „übrigen redaktionellen Theil“, also in das Ressort Friedrich's.

Kläger behauptete aber, die Notiz sei politischer Charakters und sei somit nicht allein Friedrich, sondern und das noch viel mehr, Schreß dafür verantwortlich. Es kam aber in der am 29. September erfolgten Verhandlung vor dem Schöffengericht zu Breslau ein Vergleich zu stande, nach welchem die beiden Angeklagten die bereits entstandenen Kosten zu tragen haben, und in der „Volkswacht“, sowie im „Laubener Tageblatt“ eine „Redaktion der Volkswacht“ unterschriebene Abbitte zu leisten haben.

Und ist der Fall in soweit interessant, als er zeigt, daß in der Benennung der Rubriken, für welche ein Redakteur verantwortlich ist, man nicht vorzüglich genug sein kann. Eine Zeitung, die mehrere verantwortliche Redakteure hat, kann sich dadurch die kostspieligen Prozeduren ersparen. Denn obwohl Schreß seine Verantwortlichkeit für die in Frage kommende provinzielle Notiz nicht anerkennen wollte, hielt man seine Beurtheilung für möglich. Eine interessante prozedurale Streitfrage mehr, ist allerdings durch den Vergleich unentschieden geblieben.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Genosse Linzweiler, Redakteur der Elberfelder „Freien Presse“, wurde wegen Beleidigung eines Rechtsanwalts zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt.

Soziale Ueberblick.

Der neueste „Sozialist“. Pullman, der berühmte Arbeiterausbeuter im Staate Illinois, dessen Ausbeutungspraktiken bekanntlich kürzlich zu schlimmen Zuständen in Chicago etc. führten, dieser Pullman wird jetzt von großkapitalistischen Blättern Amerikas als „Sozialist“ gefeiert! Die betreffenden Ausführungen knüpfen an den großen Eisenbahnstreik des verflohenen Sommers und seinen Ausgangspunkt, den Pullmanstreik, an. Ganz offenerherzig wird dort zugestanden, der Streik und seine Folgen, sowie die Ergebnisse der späteren Untersuchung hätten die Illusion zerstört, als sei Pullman City eine „ideale Arbeiterstadt“, von seinem Begründer geleitet nach dem Prinzip: „Das größtmögliche Glück für die größtmögliche Zahl.“ Das sei nicht wahr. Pullman habe, wie jeder andere Kapitalist auch, sich den Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise angepaßt und insbesondere seine Arbeiter nicht besser bezahlt, als es ihm das Angebot des Arbeitsmarktes und der allgemeine Geschäftsgang erlaubten. Und das sei durchaus korrekt.

Dennoch sei Pullman in anderer Hinsicht als „Sozialist“ zu bezeichnen, denn: — (aber nicht lachen!) — er habe zur Bequemlichkeit der luxuriösen Reichen Schlafwagen bauen lassen, die Reichen müßten dafür zahlen und der Betrag fließe zum großen Theile in die Taschen der Arbeiter, mithin besteuere Pullman die Reichen zum Besten der Armen und das sei — „Sozialismus“.

Die neueste und wunderbarste Form für die bekannte Behauptung, der Kapitalist sei der „Vohltäter“ des Arbeiters, weil er ihm „Arbeit gebe“. Neu und höchlich anmaßend ist die obige Erweiterung des Argumentes und die Stempelung des Ausbeuters zum „Sozialisten“. Die reinen Parteiliste, diese kapitalistischen Zeitungsschreiber, im Verrenken von Beweisgliedern.

Wie sieht denn die Sache nun wirklich? Die Erfindung der Eisenbahnen kommt dem Bedürfnis nach Erweiterung der Verkehrsmittel entgegen. Die Erweiterung der Verkehrsmittel fördert wiederum die Lust zu langen Reisen. Lange Reisen rufen das Verlangen nach größerer Bequemlichkeit hervor. Ein erfindungsreicher Kopf — bekanntlich war es nicht Pullman selbst — kommt auf die Idee der jetzt sogenannten Pullman'schen Schlafwagen. Pullman sieht darin einen Niesenproffit für sich. Er hat das Kapital, nicht die Idee, legt die Fabrik an und führt sie, wie oben zugestanden, nach recht kapitalistischen Prinzipien durch, d. h. zahlt seinen Arbeitern nicht einen Cent mehr,

als er absolut muß, und saßt selbst Millionen ein. Mit andern Worten: Die Herstellung eines gesellschaftlich nothwendig gewordenen Industrieerzeugnisses wird von Pullman monopolisiert und auf Kosten seiner Arbeiter ausgebeutet. Und dieses typische Urbild des entwickelten Kapitalismus nennt die naive Sprache bürgerliche Schreiberfelle: „Sozialismus“!

Eine kleine Illustration zu dem Wahnsinn der kapitalistischen anarchischen Produktionsweise bilden die Fallimente von mechanischen Webereien, die namentlich in Königshof arge Verwüstungen angerichtet haben. Als Ursache dieser auffallenden Erscheinung gilt die Ueberproduktion, welche sich in der genannten Branche herausgebildet hat. In den letzten 3 1/2 Jahren sind nicht weniger als 13 255 mechanische Webstühle nach Oesterreich eingeführt worden. Außerdem sind etwa 1800 Webstühle im Inlande erzeugt worden, so daß die Zahl der mechanischen Webstühle Oesterreichs seit 1890 um 15000 gestiegen ist, von 47902 auf 62902. An dieser rapiden Vermehrung hat insbesondere der Reichenberger Kammerbezirk Antheil, der im Jahre 1890 bereits 29000 mechanische Webstühle aufwies bei der oben erwähnten Gesamtzahl in Oesterreich von 47902. Die Folge dieser Ueberhäufung blieb nicht aus. Die 15000 neuen mechanischen Webstühle waren im Verein mit den bereits bestehenden 47902 Webstühlen eine solche Menge Waare auf den Markt, daß ein starker Niedergang der Preise naturgemäß eintreten mußte. Die Wirkungen eines solchen Preisrückens vermögen wohl die großen kapitalistischen Unternehmungen auf eine längere Zeit auszuhalten, nicht aber jene, welche mit theurem Gelde, mit Inanspruchnahme eines großen Kredits zu operiren gezwungen sind. Die Fallimente bezeichnen die Opfer dieses freien Spiels der Kräfte, die ungezählte Arbeiterexistenzen mit sich ins Verderben reißen.

Wie stark die Verwendung der Frauenarbeit im Handelsgewerbe bereits ist, davon legt der Bericht der Handelskammer des Breslauer Frauen-Bildungsvereins ein bemerkenswerthes Zeugnis ab. Seit dem Jahre 1866 hat diese Lehranstalt bereits 1273 ausgebildete Buchhalterinnen entlassen. Die Stellenvermittlung des Vereins für den kaufmännischen Beruf hat sich mit den Jahren außerordentlich vermehrt, und die Anfragen nach tüchtig vorgebildeten Kräften können noch immer nicht ausreichend befriedigt werden. Leider vergißt der Bericht anzugeben, mit welchem Gehalt diese „ausgebildeten Buchhalterinnen“ Stellung fanden.

Gewerkschaftliches.

An die Bureau-Angestellten! Während alle anderen Arbeiterkategorien bereits seit Jahrzehnten in ununterbrochenem Kampf mit dem Unternehmertum um die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lohnbedingungen ringen, haben die Lohnklaven der Feder bisher noch stets in Ermangelung jeder wirtschaftlichen und politischen Erkenntnis rückgrat- und gesinnungslos sich dem Unternehmertum als willenloses Ausbeutungsobjekt hingeegeben. Arbeiten und Hungern, Schweigen und Dulden ist das Schicksal der Bureau-Arbeiter!

Ging und allein diesem Umstande haben wir es zu verdanken, daß man uns einen „Monatslohn“ zu bieten wagte, mit dem kein anderer Arbeiter als „Wochenlohn“ zufrieden wäre, daß wir nicht das geringste Mitbestimmungsrecht über die Dauer der Arbeitszeit, Höhe des Lohnes, Kündigungsfrist u. s. w. haben. Die Willkür unserer Ausbeuter ist allein maßgebend. Selbst die Gesetzgebung hat unsere Existenz vergessen! Während die gewerblichen Arbeiter der Gewerbeordnung unterstehen und für die Kaufleute das Handels-Gesetzbuch gilt, giebt es kein Gesetz, das auf die Bureau-Angestellten Anwendung finden könnte.

Kollegen! Seit kurzer Zeit ist eine kleine Anzahl ausgeklärter Kollegen ununterbrochen thätig, eine Organisation zu schaffen, die die Besserung dieser menschenwürdigen Zustände zur Aufgabe hat. Eines der wirksamsten Kampfmittel zur Erreichung unserer Ziele ist das von der unterzeichneten Kommission herausgegebene Fachblatt „Der Bureauangestellte“. Dasselbe erscheint am 1. eines jeden Monats und kostet pro Quartal 50 Pf.

Kollegen Deutschlands! An Euch richten wir den dringenden Appell, endlich Eurer Pflichten Euch bewußt zu werden und mitzuwirken an dem gemeinsamen Werke. Laßt diesen Ruf nicht unbeachtet! Erwaht endlich! Raßt Euch auf! Unterstützt „Den Bureau-Angestellten“ durch Euer Abonnement! Beisthet Beiträge für den Agitationsfonds! Seid unablässig bemüht, Propaganda zu machen für unsere Bestrebungen, damit wir bald allerorts Zweigvereine gründen können!

Zuschriften und Geldsendungen sind an den unterzeichneten zu richten. Ueber die geleisteten Beiträge wird öffentlich im „Bureau-Angestellten“ quittirt werden. Die Agitationskommission der Bureau-Angestellten Berlins und Umgegend. J. A.: S c h u l z, Urbanstr. 25.

Alle Arbeiterblätter werden freundlichst um Abdruck gebeten

Achtung, Schneider und Schneiderinnen aller Branchen! Die Lohnbewegung der Schneider in Newyork lenkt gegenwärtig die Aufmerksamkeit der Arbeiter aller Länder auf sich. Der innige Zusammenhang der großen Newyorker Konfektions-Unternehmer mit ihren Berliner Kollegen, die gleichartigen Produktions- und Betriebsformen, das gemeinsame Glend der in diesen Branchen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen verpflichten uns, hierzu Stellung zu nehmen. In diesem Zwecke finden am Freitag, den 5. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, zwei große öffentliche Versammlungen der Arbeiter und Arbeiterinnen aller Branchen der Schneiderei statt und zwar für den Stadttheil Südost in Hoffmann's Festhallen, Dranienstr. 180, für den Norden bei Gröndel, Brunnenstr. 188. Die Kollegen Timm und Pfeiffer referiren über das Thema: „Die Lohnbewegung der Schneider und Schneiderinnen in Newyork und ihre Bedeutung für uns.“ Die Kollegen und Kolleginnen der Zivil-, Militär- und Lieferungsbranche, Herrenkonfektions- und Damenbranche, Mäntelmacherinnen, Wägler und Stepper werden aufgefordert, zahlreich zu erscheinen. Wir warnen unsere Berufsgenossen, den Werbungen der Agenten Gehör zu schenken, weil in Newyork die traurigsten Zustände in unserer Branche herrschen. Nähere Aufklärung hierüber erfolgt in den Versammlungen.

Die Agitationskommission.

Achtung, Bärken und Finselmacher! Die Differenzen in der Werkstatt von Hebrich, Fiondsirachstr. 81, sind durch gütlichen Vergleich beigelegt. Die Forderung der Kollegen ist bewilligt worden, demnach ist die Angelegenheit erledigt. Die Werkstattkontroll-Kommission des Deutschen Polzarbeiter-Verbandes (Zahlstelle Berlin).

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Dortmund, 2. Oktober. Heute Vormittag 9 1/2 Uhr wurden hier starke Erdschütterungen mit gewaltigen Geköse verspürt. Der Einsturz eines Ofens rief in der Liebfrauenstraße eine Panik hervor, die Schulkinder eilten in wilder Hast die Treppe hinab, mehrere erlitten dabei Verletzungen. Kerze und Feuerwehre waren alsbald zur Stelle.

New-York, 2. Oktober. Nach einer Depesche des „New-York World“ aus Caracas sollen in Valencia durch eine Wasserhose 150 Personen ums Leben gekommen sein. Die Ernte wurde beschädigt. Der Schaden wird auf 400 000 Dollars geschätzt.

Shanghai, 2. Oktober. Die feindliche Stimmung gegen die Fremden in Peking nimmt zu. Die kaiserlichen Behörden finden es schwierig, den Ausbruch von Unruhen zu verhindern. Die leitenden Persönlichkeiten in Peking fürchten, daß die Stadt, falls die Japaner gegen dieselbe vorrücken, eingenommen werde, da den Soldaten infolge ihrer Unzufriedenheit mit dem bestehenden Regime nicht zu trauen sei.

Arbeiter! Parteigenossen!

Der brutale Willkürakt des Brauereirings hart noch der Sühne. Den Hunderten unschuldig aufs Pflaster geworfenen Arbeitern ist noch keine Genugthuung geworden. Arbeiter und Parteigenossen! Ohne eure opferwillige Unterstützung würden die Gemafregelungen der bittersten Noth versallen und gezwungen sein, um Gnade zu bitten. Die Hochherzigkeit der Berliner Arbeiterschaft hat diese Schmach verhindert. Der erste Sturmangriff des Proletariats scheiterte an eurer Solidaritätsgefühl. Nicht eine Bresche vermochte der Bierring in eure Reihen zu legen. Einig, geschlossen, kampfesmutig und opferwillig seid ihr fest entschlossen, den entbrannten Kampf zum siegreichen Ende zu führen.

Arbeiter, Parteigenossen! Euer Wollen garantiert euer Können! Ihr könnt, wenn ihr wollt. Den zweiten Sturmangriff auf eure Phalanx müßten die dem Biering Lehensdienste leistenden Saalbesitzer unternehmen. Die Agitation sollte unterbunden, das Mund-todtmachungssystem praktiziert werden.

Auf der Wunde, die sie gegraben, sind die Saalbesitzer aufgeschlagen. Ihr Wehgeschrei könnte Mitleid erwecken. Arbeiter, Parteigenossen! Selbst der Himmel, auf den der Biering seine letzte Hoffnung setzte, ist mit uns im Bunde. Die Saison kann dem Ring nicht mehr über die Verlegenheiten hinweghelfen, die mit jedem Tag des weiteren Kampfes sich thurmhoch häufen.

Ausbarren bedeutet für uns Siegen. Unsere Position ist uneinnehmbar. Der Stand des Boykotts ist ein vorzüglicher. Wir können zuwarten, ohne entbehren zu müssen. Arbeiter, Genossen! Je konsequenter der Boykott durchgeführt wird, desto nachhaltiger seine Wirkung, desto entscheidender der Sieg. Duldet keine Ausflüchte, keine Ausreden. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns. Soweit unser Einfluß reicht, muß das Ringbier verpönt werden. Nicht ein Tropfen darf getrunken werden.

Arbeiter, Genossen! Die Bierzufuhr ist eine geregelte. Sie wird mit jedem Tag der Fortdauer des Boykotts eine bessere. Alle Ansprüche können befriedigt werden. Darum widersteht jeder Versuchung, Ringbier zu trinken. Die schwerste Arbeit ist gethan. Die Periode der Organisation des Kampfes war die aufreibendste. Jetzt wird uns der Kampf leicht, weil wir das Terrain zum guten Theil beherrschen. Der Sieg muß unser werden, wenn wie bisher mit gleicher Schärfe und Ausdauer der Parole gefolgt wird.

Hoch der Boykott sämmtlicher Ringbrauereien! Trinkt keinen Tropfen Ringbier!

Die Boykottkommission.

- Boykottfreies Bier liefern:**
- Brauerei Carlsberg, Friedrich Reichenkron, Char Lottenburg.
 - Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
 - Brauerei Pichelsdorf, Direktor Hoffmann.
 - Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
 - Süddeutsche Brauerei, Karl Rinh n. Co., Berlin.
 - Brauerei Müggelschlöfchen, Friedrichshagen.
 - Nordstern-Brauerei, Berlin.
 - Rathenower Exportbrauerei-Niederlage, Juh. Max Demhardt, N.W., Hannoverstr. 18a. Tel. III. 8178.
 - Schloßbrauerei, Fürstenwalde, Niederlage bei Franz Heiser, N., Liesenstr. 5.
 - Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. O.
 - Phönix-Brauerei, E. Radon, Lichterfelde.
 - Brauerei Jagdschlöfchen, Eberswalde, Niederlage, Edm. Reuter, Swinemünderstr. 45.
 - Brauerei Wusterhausen, Vertreter: Max Fleischer, Reichenbergerstr. 155.
 - Brauerei Tivoli, Strausberg, Niederlage Stabernad, Mühlenstraße 49a.
 - Louisen-Brauerei, Vellermannstr. 71a/72.
 - Brauerei Danz, Freienwalde a. O. Vertreter: W. Marten, N., Gartenstr. 152.
 - Bürgerliches Brauhaus, Ludenwalde, Niederlage Gust. Spiekermann, Weberstr. 66.

Preussener Allee 86b, Mariannen-Ufer 2 und Glendburgerstr. 18, solche Zwischenstationen zunächst für das Zentrum der Stadt in der Gegend der Breitestraße und auf dem Wedding in Aussicht genommen. Einer jeden Station werden Transportmittel zur Verfügung stehen. Insbesondere werden die neuen Verband- und Transportmittel bald in Gebrauch genommen werden.

Ueber die Ursache der bei den Oberfeuerwerkern zu Tage getretenen destruktiven Tendenzen, weiß eine Lokal-Korrespondenz zu berichten, daß der eigentliche Grund zur Unzufriedenheit in dem Verbot des Majors von Stettin zu suchen sei, Extra-Uniformen zu tragen. Dies Verbot habe unter den zum großen Theil besseren Familien angehörigen jungen Leuten viel böses Blut gemacht, wenigleich sie die großen militärischen Kenntnisse ihres Vorgesetzten reichhaltig anerkannt hätten!

Nicht übel spiegelt die „Voss. Ztg.“ in einer Polemik gegen die „Kreuz- Zeitung“ ihre Anschauungen über die Vorgänge in der Oberfeuerwerker-Schule wieder. Der Gesprächsstoff in allen Kreisen, so schreibt die „Voss. Ztg.“, sind die Vorgänge in der Oberfeuerwerker-Schule. Wir haben schon im Abendblatt auf den befremdlichen Widerspruch zwischen der amtlichen Darstellung des „Reichs-Anzeigers“, der halbamtlichen des „W. L. W.“ und dem Bericht der „N. Pr. Ztg.“ aufmerksam gemacht. Der Bericht der „N. Pr. Ztg.“ muß um so größere Aufmerksamkeit erregen, als er allgemein den Eindruck hervorruft, daß er seinen Ursprung nur aus den theilhaftigen Offizierskreisen herleiten kann. Das aber ist es gerade, was neben den mitgetheilten Thatsachen peinlich berührt und es um so nötiger macht, daß von berufener amtlicher Seite zu dieser Darstellung der Vorgänge Stellung genommen wird. Die Kommandirung auf die Oberfeuerwerker-Schule ist eine Auszeichnung. Nur Unteroffiziere, die sich vorher als stramme und tüchtige Soldaten bewährt haben, werden dieser Auszeichnung für würdig erachtet. Eine Zucht- und Disziplinlosigkeit, wie sie hier hervorgetreten und wie sie in der preussischen Armee ohne Beispiel ist, kann nicht von heute auf morgen erfolgt sein. Nicht bloß auf die einzelnen, jetzt zu Tage getretenen unerhörten Ausschreitungen wird sich also die Untersuchung zu richten haben, sondern vor allen Dingen darauf wie es möglich gewesen ist, daß unter Soldaten, die sich eines Avancements würdig erwiesen und sich bis zu ihrem Eintritt in die Oberfeuerwerker-Schule als tüchtige und wohl-disziplinierte Leute erwiesen haben, auf der Schule selbst solche Zuchtlosigkeit und militärische Widerspenstigkeit hat eintreten können. Der Einsender des Berichts in der „Kreuz-Ztg.“ hat sich selbst, der Oberfeuerwerker-Schule und der ganzen preussischen Armee einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Die einzelnen in dem Bericht gemachten Angaben mit namentlicher Bezeichnung der Personen gehörten vor das Untersuchungsgericht, aber nicht in die Oeffentlichkeit, und es wirkt allein die Thatsache, daß dieser Bericht mit seinen ganz auffallenden Einzelheiten und Begleitumständen gegen allen militärischen Brauch in die Oeffentlichkeit hat gebracht werden können, auf die gesammten Verhältnisse in der Oberfeuerwerker-Schule ein eigenthümliches Licht.

Wie man in Berlin der Prostitution zu Leibe rückt. Diverse fromme Hausararier, die ob der Verminderung des Miethswertes ihrer Grundstücke in tiefe Belümmerniß gerathen sind, haben sich bekanntlich zu einer von fettester Eitellichkeit triefenden Petition an das Polizeipräsidium gewandt, damit dieses Abhilfe gegen die überhandnehmende Prostitution schaffe. Die hübschere Polizei will nun „umfassende“ Abwehrmaßregeln ergreifen, indem sie, wie ein Berichtshalter meldet, demnachst vier Zweigbüreaus der Sittenpolizei im Norden und Westen Berlins errichtet. Von diesen Büreaus aus sollen geheime und uniformirte Schutzeinheiten auf die Prostituirten fahnden. Daß durch diese Maßregel auch nur ein hungerndes Mädchen verhindert wird, sich der Schande preiszugeben, glauben die ordnungstüchtigen Petenten selber nicht; aber was soll die Polizei anders beginnen?

Die Zeit der Kastanienreise fällt in diesem Jahre genau zusammen mit den Michaelistferien, weshalb die von den schulfreien Jungen auf die Bäume unternommenen Angriffe in diesem Jahre besonders zahlreich sind. Nicht selten werden die Bäume erklüftet, und da das Holz der Kastanie nicht sehr widerstandsfähig ist, so kommen Abtürge dabei häufig vor. In das Krantenhaus am Urban wurden an einem der letzten Tage zwei Knaben in bewußtlosem Zustande eingeliefert, die von dort in der Nähe befindlichen Bäumen beim Kastanienhüteln abgestürzt waren; auch hört man von ähnlichen Anfällen, die den Jungen beim Erklüften von Kastanienbäumen in Privatgärten zugefallen sind.

Zur Wucheraffäre wird berichtet: In der Untersuchung gegen den Kaufmann Labaschin haben sich bisher belastende Momente nicht ergeben, insbesondere aber hat L. keinen Wucher getrieben, überhaupt keine Geschäfte mit Bau-Unternehmern gemacht. Es handelt sich bei L. nur um eine Anzeige und zwar wegen Hypothekenzuchers, dessen Verdachtsmomente auf ein Jahr zurückgreifen; die Staatsanwaltschaft hat daher die Wucher des L. vom letzten Jahre beschlagnahmt.

Getäuschte Hoffnungen. Am 29. v. M. Vormittags schoß sich ein Mann in einem Gasthose drei Kugeln in den Kopf. Er wurde noch lebend in ein Krankenhaus gebracht, so meldete der Polizeibericht vom Montag. Hierzu wird berichtet, daß der 69 Jahre alte Inspektor Albert Schubert aus Spremberg am 26. v. M. hier in Berlin eintraf, um sich Stellung zu suchen. Er lehrte in den Gasthof zum Grünen Baum, Landsbergerstr. 43

ein. Schubert kam nach dreitägigem Aufenthalt in der Großstadt zu der Ueberzeugung, daß seine Erwartungen trügerisch waren. Da er weder rückwärts, noch vorwärts konnte, beschloß er, seinem Leben ein Ende zu machen. Nachdem er seine Rechnung beglichen hatte, schloß er sich ein und jagte sich um 9 1/2 Uhr Vormittags aus einem Revolver kurz hintereinander drei Kugeln in den Kopf. Er war noch im Stande, den Einlaß begehrenden Bediensteten des Gasthofes zu öffnen und brach dann zusammen. Man brachte ihn noch lebend nach dem Krankenhaus am Friedrichshain. In seinem Besitze befanden sich noch 10 Pfennige.

Es ist anzunehmen, daß es nicht der Uebermuth war, der den stillgestellten Inspektor aus kleinen Verhältnissen in die Großstadt getrieben hat. Die Arbeitskraft des 59 Jahre alten Mannes wird eben auf dem Lande genugsam ausgenutzt worden sein, sodas nur die Rathlosigkeit und ein gewisses falsches Schamgefühl den stillgestellten Inspektor veranlaßt haben mag, die letzte trügerische Hoffnung auf Berlin zu setzen, in der er zu Grunde gegangen ist. Zum Glück kommen auch die Schichten, denen Schubert angehörte, allmählig zum Nachdenken über die Herrlichkeit der heutigen Ordnung.

Die von dem allzu schlaf fertigen Herrn Brodhoff im „Kleinen Journal“ verlassene Redakteurstelle ist schnell wieder besetzt worden. Wie aus besonders guter Quelle verlautet, hat Herr v. Roghe die Einladung des Herrn Dr. Leipziger, in die Redaktion des „Kleinen Journals“ einzutreten, angenommen. Doch ist von dem früheren Herrn Jeromonienmeister die Bedingung gestellt worden, daß das Blatt von der im letzten Sommer so unglücklich geführten Verteidigung seiner eigenen Person fortan endgültig Abstand nehme und sich dafür mehr auf den allgemeinen Hofplatz beschränke. Auf diese Bedingung ist der Herr Chefredakteur mit Freuden eingegangen und die in den letzten Tagen von dem Blättchen an leitender Stelle begonnene Aufzählung des gesammten preussischen Hofstaates zeugte von ehrlichem, wenn auch noch etwas tölpelhaftem Bemühen. Recht übel ist das „Berliner Fremdenblatt“ infolge der neuen Konkurrenz daran.

Durch eine ungelassene Drofsche schwer verletzt wurde am Montag Abend um 8 Uhr der 24 Jahre alte Kutscher Hermann Oestreich aus der Bürgerstr. 4/5 zu Reinickendorf. Als er in Friedenau sein Gefährt wieder besteigen wollte, scheute das Pferd und zog an. Dabei stürzte der Wagen um und bedeckte den Kutscher. Oestreich trug einen „komplizirten Kieferbruch“ davon und mußte nach einem Berliner Krankenhaus gebracht werden.

Garb bestraft wurde am Montag Nachmittag gegen 4 Uhr der 22 Jahre alte Buchbinder Paul Ohley durch seine eigene allerdings grobe Fahrlässigkeit. Er hatte ein scharfgeschliffenes Buchbindermesser offen in einer Tasche seines Ueberziehers gesteckt und ging die Friedrichstraße entlang. Am Bahnhof Friedrichstraße kam er zu Falle und stieß sich dabei die Klinge quer durch das linke Bein. Die Verletzung war so schwer, daß er von der Bahnhofspolizei nach einem Krankenhaus gebracht werden mußte.

Behördlich beschlagnahmte Leichen. In dem Hause Rannunstr. 90 wohnte bei einer Familie Langstich die 37jährige Mäntelwäherin Rosine Stamm, die ihren Wirthskneuten am Sonntag in die Kirche nachzukommen versprochen hatte, aber zu Hause geblieben war. Um 12 Uhr Mittags hörte die Ehefrau des eine Treppe tiefer wohnenden Schlossermeisters Schmidt einen Fall und gleich darauf das Klirren von zerbrochenem Geschirr. Später wurde festgestellt, daß die Stamm todt in der Küche lag und im Falle mehrere Tassen mit sich gerissen hatte. Man glaubt, daß der Tod infolge Genießens von Morphinum eingetreten sei, weil die Stamm öfter gegen Schlaflosigkeit Morphinumtropfen eingenommen hat. Da aber ein Gefäß, worin das Gift enthalten gewesen sein könnte, nicht aufzufinden war, so hat sich die Annahme vorläufig nicht rechtfertigen lassen. — Der zweite Fall betrifft den 50 Jahre alten Topfblecher Friedrich Wilhelm Haller, der in seiner Plantagenstr. 6 befindlichen Schlafstube todt in der Bettdecke aufgefunden wurde. Auch hier ist die Todesursache nicht feststellbar gewesen. Beide Leichen mußten daher beschlagnahmt werden.

Muselmänner auf der Höhe der Kultur. Sieben Marokkaner sind in Hamburg wegen Betruges festgenommen worden. Die dortige Polizei fragt nun hier an, ob die Marokkaner sich nicht auch in Berlin dadurch strafbar gemacht haben, daß sie minderwertige Decken in Wirthshäusern als echte verkauft.

Polizeibericht. Am 30. v. M. vergiftete sich ein Mädchen in seiner Wohnung, in der Rannunstr. — Am 1. d. M. Morgens wurde ein Handwerker in seiner Werkstatt, am Grünen Weg, erhängt vorgefunden. — Auf dem Schlesischen Bahnhofe fiel Vormittags ein Mann beim Verlassen eines bereits im Gange befindlichen Zuges zwischen das Trittbrett des Waggons und die Bord-schwelle des Bahnsteiges und wurde derartig verletzt, daß seine Ueberführung in ein Krankenhaus erforderlich wurde. — Ein in der Lindendammstraße wohnender Mann schloß sich eine Revolverkugel in den Mund und zog sich eine schwere Verletzung der Zunge zu. — In der Schleiermacherstraße fiel ein Kutscher von seinem mit Steinen beladenen Arbeitswagen und gerieth unter die Räder, die ihm über den Rücken hinweggingen. Er wurde schwer verletzt nach dem Krankenhaus gebracht. — Nachmittags wurde ein Mann in der Kaiser Wilhelmstraße durch eine Kutsche überfahren und am Knie und an der Schulter erheblich verletzt. — In der Kommandanten-

Lokales.

Zur Lokalliste. Der Gastwirth Becker, Brandenburgstraße 6, schänkt Bier aus der Brauerei Gappoldt, Pflanz, Rannunstr. 56, verzapft Bier aus der Schloßbrauerei Schneberg, Lehmann, Ohmgasse 6a, zapft Bier aus der Victoria-Brauerei auf Flaschen und versorgt damit Fabriken. Die Abnehmer glauben ringsherum Bier zu trinken.

Dissentische Kinder befanden sich Ende 1893 in allen Schulen Berlins nur 394 Knaben und 362 Mädchen, zusammen 756 Kinder; davon insbesondere in Gemeindefschulen 300 Knaben und 325 Mädchen, zusammen 625 Kinder, das sind 3-4 (genauer: 3,48) unter 1000. Sie vertheilen sich auf die verschiedenen Klassen der Gemeindefschulen wieder, wie in den Vorjahren, in sehr merkwürdiger Weise. Von je 100 Kindern Unterschied der Konfession saßen in Klasse VI: 20, V: 19, IV: 19, III: 17, II: 14, I: 11; dagegen saßen von je 100 Kindern nur dissentischer Richtung in Klasse VI: 11, V: 14, IV: 17, III: 21, II: 18, I: 19. Die dissentischen Kinder saßen also mehr, als nach dem Durchschnitt aller Kinder erwartet werden durfte, in den oberen Klassen und weniger in den unteren. Noch genauer wird das aus der folgenden Uebersicht erkennbar. Es saßen

| | | |
|--------------|-------------------------|-----------------|
| in Klasse VI | 36 311 Kinder, darunter | 66 dissentische |
| V | 84 021 | 90 |
| IV | 84 068 | 107 |
| III | 90 609 | 129 |
| II | 25 128 | 115 |
| I | 19 486 | 120 |

Das heißt: es befanden sich unter je 1000 Kindern in der Klasse VI: 2, V: 2-3, IV: 3, III: 4, II: 4-5, I: 6 dissentische Kinder. Darnach scheint es, als ob die Konfessionslosigkeit weder die Befähigung beeinträchtigt, noch den Fleiß und die Aufmerksamkeit herabmindert, noch auch — was bei dem Aufsteigen in eine höhere Klasse bekanntlich ebenfalls sehr ins Gewicht fällt — auf das Betragen einen ungünstigeren Einfluß ausübt. O, ihr Frommen!

Zur Statistik des Berliner Schulwesens bringt der eben erschienene Bericht der städtischen Schuldeputation für 1893/94 eine tabellarische Uebersicht, nach welcher Ende 1893 in Berlin insgesammt 871 Schulen mit 4886 Klassen und 228 188 Schülern bestanden. Insbesondere waren darunter 201 Gemeindefschulen mit 3371 Klassen und 179 621 Kindern. Es kamen also durchschnittlich auf 1 Gemeindefschule 16-17 Klassen und 893-894 Kinder, auf 1 Klasse 63-64 Kinder. Diese Zahlen bedeuten eine weitere Besserung gegen das Vorjahr. Die Ursache dieser nun schon seit mehreren Jahren anhaltenden Besserung ist aber weniger in der Erkenntniß zu suchen, daß der Ueberschuß der Gemeindefschulen abgeholfen werden müsse, als darin, daß die Zahl der schulpflichtigen Kinder, zum Theil infolge des Zurückgehens der Geburtenziffer, sich in den letzten Jahren langsamer vermehrt hat. Ein Vergleich der Gemeindefschulen mit anderen städtischen Lehranstalten ergibt, daß die ersteren, trotz der erwähnten Besserung, nach wie vor die überfülltesten Schulen sind. 51-52 Schüler kamen Ende 1893 nur in den Vorschulen auf die Klasse, dagegen nur 34-35 in den Gymnasien, Real-Gymnasien, Ober-Realschulen und Realschulen und 46 in den höheren Mädchenschulen.

Eine Erweiterung der Unfallsstationen wird vorbereitet. Es sollen Zwischenstationen errichtet werden, welche die Organisation chirurgischer Verbandshäuser erhalten sollen. Es sind außer den schon bestehenden Unfallsstationen Wilhelmstr. 10,

straße wurde ein Knabe durch einen anderen Knaben aus Uebervoll gegen einen vorüberfahrenden Bierwagen geschleudert. Er gerieth unter die Räder und erlitt eine schwere Quetschung des Unterschenkels. — In der Friedrichstraße glitt ein Mann auf einem Obstreif aus und stieß sich hierbei ein Messer, das er offen in der Tasche trug, ins Bein. — In der Triebstraße fiel ein Knabe beim Anziehen der Bremsen vom Wagen, wurde überfahren und am Unterschenkel schwer verletzt. — In der Wohnung eines Tischlers in der Bernauerstraße entstand dadurch Feuer, daß die unbewachten Kinder im Alter von 4, 2 und 1 Jahre mit Streichhölzern spielten und die Kleider des jüngsten Kindes in Brand setzten. Ein Arbeiter stieg durch das Fenster in die im Erdgeschoße belegene Wohnung und holte die beiden älteren Kinder heraus, das jüngste Kind war bereits erstickt. — An der Ecke der Eisasser- und Gartenstraße wurde Abends eine Frau durch einen Möbelwagen überfahren und erheblich verletzt. — In der Nacht zum 2. d. M. gerieth an der Ecke der Morianen- und Stalhoferstraße ein Mann unter die Räder eines Arbeitswagens und erlitt eine erhebliche Verletzung am Oberschenkel. — Im Laufe des Tages fanden fünf Brände statt.

Witterungsübersicht vom 2. Oktober 1894.

| Stationen. | Barometerstand in mm. rebar. auf d. Meeressp. | Windrichtung | Windstärke (Scala 1-12) | Wetter | Temperatur (nach Celsius 50 F. — 40 R.) |
|------------|---|--------------|-------------------------|--------------|---|
| Eutin | 775 | NO | 1 | wolfig | 9 |
| Hamburg | 775 | NO | 2 | bedeckt | 8 |
| Berlin | 774 | NO | 3 | wolkenlos | 6 |
| Wiesbaden | 769 | N | 2 | wolfig | 10 |
| München | 767 | EO | 2 | bedeckt | 5 |
| Wien | 767 | EO | 1 | bedeckt | 9 |
| Paparanda | 768 | EO | 4 | bedeckt | 6 |
| Weterburg | 764 | NO | 1 | wolkenlos | — 2 |
| Cort | 773 | EO | 4 | halb bedeckt | 14 |
| Aberdeen | 772 | EO | 1 | halb bedeckt | 8 |
| Paris | 770 | NO | 3 | wolkenlos | 7 |

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 3. Oktober 1894. Trodenes, vorwiegend heiteres, zeitweise wolliges Wetter mit schwachen südöstlichen Winden und langsam steigender Temperatur. Berliner Wetterbureau.

Theater.

Die chinesische Schauspiel-Gesellschaft begann am Montag Abend im Reichshallen-Theater ihre Vorstellungen. Das Theater rechnet im Reich der Mitte, das die schnelllebige Hof der modernen Kulturwelt noch nicht kennt, mit wesentlich anderen Verhältnissen als wir. Wie man sagt, soll sich die Handlung eines Stückes auf der chinesischen Bühne durch Wochen, ja durch Monate hindurch bewegen; ein Gebrauch, für den man möglicherweise eine Erklärung nicht allein in den ruhigeren sozialen Verhältnissen und dem geduldigen Temperament des chinesischen Volkes, sondern auch in dem Umstand suchen dürfte, daß dort das Theater eine plastische Darstellung der vaterländischen Geschichte bietet und so eine Art Unterhaltungsurias etwa nach den Maximen des preussischen Hofhistoriographen Heinrich v. Treitschke in sich schließt. Wie dem auch sei, die Künste der chinesischen Schauspieltruppe, die 36 Mann stark am Montag auftrat, kamen dem Berliner Publikum so „spanisch“ vor, daß weder die vor Beginn der Aktion gehaltenen Ansprache des Managers, noch die Erläuterungen auf dem Programm das Publikum zur Empfänglichkeit für den mimischen Teil der Darstellung bestimmen konnten. Das Kunstinteresse trat hinter dem rein ethnographischen Interesse zurück und dieses fand, wie gern zugegeben werden soll, infolge der vielen verwandtschaftlichen Züge, die das asiatische Reich der Mitte mit dem europäischen gemein hat, lebhaftes Verständnis und auch teilweise Befriedigung. Es wurden einzelne Szenen aus einem, wie angegeben wurde, in China heute noch gern gesehenen Schauspiel aufgeführt, dessen Handlung um das Jahr 1600 herum vor sich geht. Vier Musikanten machen auf seltsamen Instrumenten einen nervenschütternden Lärm. Es kommen acht Schauspieler, um unter Kapriolen, die an das Zeremoniell europäischer Fürstenhöfe erinnern mögen, dem Publikum ihre Gräße zu entbieten. Dann erscheint der erste Mandarin (Oberhofmarschall) und bringt, begleitet von einem Chor chinesischer Gendarmen mit einem Gefolge, das lebhaft an die Polizeimänner des Kaisers v. v. Behren aus dem „Biberfeld“ erinnert, dem Kaiserthum die offiziellen Glückwünsche dar. Ein anderer Hofbeamter zeigt die Geburt eines Prinzen an; das arme Wesen wird von der Oberhofdame in Gestalt einer strophulösen Puppe dem überglücklichen Volke vorgeführt. Das gute Einvernehmen zwischen Volk und Hof wird leider gestört durch das Eindringen sozialdemokratischer Elemente. Man nennt diese gefährlichen Kerle, weil sie geistig insgemein oben auf sind, in China Berggeister. Es gelingt dem herrlichen Kriegsheer aber für diesmal noch, die Männer des Umsturzes aus dem Lande zu vertreiben; und vor Freude über den noch einmal glücklichen erzwungenen Sieg der Ordnung begeht der Führer in dem Kampf mit geistigen Waffen eine Handlung, deren Nachahmung wir namentlich den tapferen Ordnungstreibern in Sachen nicht angelegentlich genug empfehlen können. Der Edle hängt sich nämlich an seinen eigenen Popf auf und nimmt in dieser Situation die letzte Erquickung ein. Allmählich hat sich die Lage soweit geklärt, daß der Herrscher des himmlischen Reichs mit einer Neuerung seines kaiserlichen Willens herantreten kann. Er hält die landesübliche Thronrede in einer Mäste, die fast noch geschmackloser ist, als die Uniformen der europäischen Kriegsführer. Die Thronrede aber verdient als ein Meisterstück chinesischer Staatskunst bezeichnet zu werden, sie fabelt von den guten auswärtigen Beziehungen, dem wollenlosen politischen Horizont, der glücklichen Lage im Innern mit einer Verbe, daß dem braven Volk vor Wonne die Augen übergehen. Den Text dieser Rede beliebe man in dem bekannten Gedicht Heine's, „Der Kaiser von China“ nachzulesen. Nach all diesem verläßt das Volk in unterthänigster Entzücken und das Stück schließt mit einer prächtvollen Vermählung des chinesischen Militärmarshalls, der sich in Gestalt des „grünen Drachens“ eigenhändig auf der Bühne anvedeln läßt.

Das volle Haus beklundete ein lebhaftes und verständnißvolles Interesse an den Künsten der Gesellschaft und erging sich namentlich in Bewunderung der geradezu stammenswerth prächtigen Kostüme.

Gerichts-Beitrag.

Ein Aufsehen erregender Strafprozess spielte sich vor der ersten Strafkammer des Landgerichts in Kassel ab. Wegen Fälschung des von ihm geführten Wahlprotokolles bei den am 1. März d. J. in Hommershausen vollzogenen Neuwahlen zum ständigen und außerordentlichen Gemeinde-Ausschuß war der dortige Bürgermeister, Landwirth Johannes Wolkenhaupt, zur Verantwortung gezogen worden. Lebhaft hatten sich an den der Wahl vorausgegangenen Agitationen Beamte und Arbeiter der „Zeche Marie“ betheiltigt, die zu Hommershausen gehört. Da nun die Interessen der „Zeche Marie“ theilweise nicht unerheblich mit den Gemeinde-Interessen kollidiren, so war es dem Bürgermeister darum zu thun, daß die Zeche nicht etwa durch das Ergebniß der Wahl Einfluß auf die Angelegenheiten der Gemeinde gewinne. Um den Kandidaten der Wähler von der Zeche den Sieg freitig

zu machen, griff er zu dem verbrecherischen Mittel der fälschlichen Beurkundung des Wahlverlaufs. Wie aus dem Beweisverfahren unwiderlegbar hervorging, war das vom Angeklagten dem Landrathsamt eingereichte Protokoll nicht dasjenige, das er bei der Wahlhandlung thatsächlich geführt hat. Offenbar hatte er zu Hause ein zweites Protokoll angefertigt und dieses dem Landrathsamt unterbreitet. Der Gerichtshof erkannte gegen den Angeklagten auf 6 Monate Gefängniß, sah jedoch nach Lage der Sache von der seitens des Staatsanwaltes beantragten Aberkennung der Ehrenrechte ab.

Bewerkshattliches.

Porzellanmalerei. In unserer Sonntagsnummer befindet sich die Nachricht, daß die Porzellanmalerei von Elbing die Arbeit gekündigt haben; wir hatten die Nachricht anderen Zeitungen entnommen. Wie uns nun von zuverlässiger Seite mitgeteilt, wüsse dies ein Irrthum sein, daß vielmehr Elbogen in Böhmen gemeint sei. Dort befindet sich eine große Porzellanfabrik, deren Arbeiter wegen Lohnreduzierung gekündigt haben.

Der Bergarbeiter-Streik in dem Waldenburger Kohlengebiete ist, wie bereits mitgeteilt, beendet. Die Fährung unter den Bergleuten ist jedoch eine so große, daß der Streik jeden Augenblick wieder ausbrechen kann. Unsere Parteigenossen, soweit sie Fährung mit den Bergleuten haben, thun ihr möglichstes, den Ausbruch zu verhüten, da er unbedingt zu ungunsten der Arbeiter ausfallen muß. Es sind bereits begründete Forderungen formulirt und sollen an maßgebender Stelle eingereicht werden. Hoffentlich werden die Unternehmer sich wenigstens einigermaßen entgegenkommend zeigen.

Ein großer **Schneiderstreik** ist in Boston, dem Hauptsitze der nordamerikanischen Herrenkleider-Fabrikation, ausgebrochen. Die Arbeiter, von denen 5500 unabhängig sind, fordern, wie „Der Geschäftsfreund“ (Konfektions-Zeitung) meldet, Abschaffung des sogenannten „Schwibuden“-Systems, Einführung der neunstündigen Arbeitszeit und Zahlung von Wochenlöhnen. Die Kontraktoren sind angeblich den Forderungen der Arbeiter günstig getimmt, während die Großhändler einstweilen alle Zugeständnisse ablehnen.

Agitationstouren. Der Generalbevollmächtigte der Maurer Deutschlands, J. Stainig, Neue Bremmerstr. 19, II., Hamburg-St. Georg, theilt mit, daß in seinem Auftrage, mit Ende Oktober beginnend, die nachstehenden Agitationstouren unternommen werden sollen. Die Gewerkschaften, welche in einem dieser Orte eine Versammlung abhalten lassen und den von den Maurern ausgesandten Agitatoren das Halten von Vorträgen übertragen wollen, müssen dies unverzüglich an die angegebene Adresse mittheilen.

I. Schleswig-Holstein in den Orten: Glüdstadt, Kellinghusen, Zhebor, Wilster, Marne, Medborf, Heide, Husum, Tondern, Hadersleben, Flensburg, Rendsburg, Neumünster, Kiel, Holtensau, Gärningshörd, Breck, Eutin und Ahrensböök.

II. Thüringen u. s. w. in den Orten: Varnh, Dessau, Calbe, Staffurt, Gr.-Osterleben, Olfenstedt, Halberstadt, Helmstedt, Okerode, Quedlinburg, Ulrich, Nordhausen und Erfurt.

III. Schlesien in den Orten: Bunzlau, Haynau, Siegnitz, Langenbielau, Opyeln, Breslau und Glogau.

IV. Pommern und Mecklenburg in den Orten: Soizenburg, Grabow, Neustadt, Parchim, Müba, Rosenthalshütte, Waren, Malchin, Teterow, Gr.-Wödem, Neubrandenburg, Friedland, Stettin, Straßund, Barth, Rostock und Warnemünde.

V. Oldenburg und einen Theil von Westfalen u. s. w. in den Orten: Wünnen, Gerford, Lemgo, Bielsfeld, Oldenburg, Jever, Nordenham, Bremerhaven, Vegesack, Verden, Delmenhorst, Walsrode und Rintburg a. d. B.

VI. Brandenburg in den Orten: Wittenberge, Osterburg, Rathenow, Brandenburg, Nowawes, Veelitz, Treuenbriegen, Ludenwalde, Berlin, Köpenick, Charlottenburg, Mühlenden, Rixdorf, Groß-Lichterfelde, Steglitz, Tempelhof, Weisensee, Pantow, Angermünde, Schwedt, Frankfurt a. O., Rützin und Kottbus.

VII. Sachsen in den Orten: Döbeln, Großenhain, Niesa, Wurzen, Meuselwitz, Altenburg, Schmölln, Ronneburg, Krimmitschau, Reichardt, Zwitzau, Glauchau, Wittweida und Weizien.

VIII. Rheinland und Westfalen in den Orten: Aachen, Bochum, Köln, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Hagen, Iserlohn, Münster, Recklinghausen, Soest, Solingen und Unna.

Verhandlungen.

Für die Genossen des **Niederbarnimer Kreises** fand am 30. September eine öffentliche Volksversammlung in Hahnking's Palmenaal in Weisensee statt, in der der Genosse Wils Bericht erstattete über die Verhandlungen der jüngst in Berlin stattgehabten Brandenburger Parteikonferenz. Einem kurzen Resumee darüber fügt er die Verlesung der dort angenommenen Zugföhlen Resolution und Stadthagen'sen Anträge hinzu, der Versammlung anheimgebend, denselben ungetheilt zuzustimmen. Einen Beleg für die Nothwendigkeit des Antrages Stadthagen liefert folgendes Vorkommniß. In Panlow ist man emsig beschäftigt mit dem Bau der elektrischen Bahn. Zu Beginn und am Ende der Arbeitsstrecke ist je ein Mann aufgestellt, der mit rother Fahne winkend die nahenden Gefährte und passirenden Personen aufmerksam zu machen hat. Ein junger, recht eifriger Schuwann erblickte darin eine Gefährdung des Staates, er arreirte den ersten Postkisten und konfiszirte die rothe Fahne. Erst der energischen Intervention eines schleunigst herbeigeeufenen Panfower Gemeindevieners gelang es, Posten und Fahne wieder an seinen Bestimmungsort zurückzuführen. Dem Zufall war es zuzuschreiben, daß sich unterdessen kein Unglück zugetragen hatte.

Gegenüber den wiederholten Erörterungen, daß ein Restbetrag für Kalender gedruckt sei, außerdem der Kreis 2000 M. Zuschuß zur Reichstagswahl erhielt, versicherte der Redner, daß im Kreise mit aller Macht daraufhin gearbeitet wird, bei nächster Wahl auf eigenen Füßen zu stehen. Im Anschluß hieran gab der Vorsitzende den Rechenschaftsbericht, zu welchem er eingangs erklärte, die Wahlkosten belaufen sich auf zirka 8000 Mark, 2000 Mark hiervon betrage der Zuschuß aus der Parteikasse. Zu Punkt 2 leitete Genosse Stadthagen die Debatte ein. Eingangs betonte er den agitatorischen Werth alljährlicher Parteitage. Der Schwerpunkt des diesjährigen werde unbedingt „Agrarfrage“ und „Sozialdemokratie“ sein, welcher ebenjogut „Landagitation“ heißen könne, da für und die Hauptsache bei der Agrarfrage die Massen der ländlichen Arbeiter, die Aufhebung der Ausnahmestimmungen gegen dieselben sei. Er geht sodann über auf die Entstehung und die historische Entwicklung des Prägerrechts, und begründet hieraus die notwendige Annahme seines Antrages. Gegen die Resolution Lux habe er prinzipiell nicht das geringste einzuwenden, nur sei er der Meinung, daß der Parteitag darüber nicht beschließen, sondern es den dazu befähigten Personen frei überlassen solle, statisches Material herbeizuschaffen, welches er dann akzeptiren kann. Folgende Anträge wurden zur Diskussion gestellt:

1. Der Parteitag wolle eine Fünfer-Kommission einsehen und dieselbe beauftragen, Erhebungen darüber anzustellen, ob und wie die Uebertragung der Druckarbeiten des „Vorwärts“ und der anderen bei Wabing gedruckten Parteiliteratur in Regie der Partei sich empfiehlt, dem nächsten Parteitag hat die Kommission dann Bericht zu erstatten.

2. Die Genossen Weisensee's beantragen, den Parteitag künftig in der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr stattfinden zu lassen.

3. Der Parteitag wolle beschließen, der Reichstags-Fraktion aufzugeben, einen Antrag auf Abänderung des § 7 des Reichstags-Wahlgesetzes im Reichstage einzubringen, dahingehend, daß Reichstagswählern, wie: Schiffern, Schmittern, Höffern, Hau-

stern, Handelsteuten, Ziegelei-Arbeitern, Bau-Arbeitern u. s. w., die durch Erwerbsverhältnisse verhindert sind, ihr Wahlrecht an ihren Wohnorten auszuüben, gestattet ist, an denjenigen Orten zu wählen, an welchem sie sich zur Zeit der Wahl befinden resp. in Arbeit stehen.

Für Antrag 1 sprechen die Genossen Wils, Pehliß und Sonnenburg. Das Resumee der Debatte ist, daß die Mittelperson in Wegfall kommen soll. Die Arbeiter können ihre Angelegenheit selbst in die Hand nehmen, sie sorgen für Verbreitung des „Vorwärts“, wollen auch den ganzen Ertrag dafür beanspruchen. Der Zwischenverdienst Wabing's solle lieber zur Agitation verwendet werden. Gegner dieses Antrages meldeten sich auf Aufforderung nicht, derselbe wurde einstimmig angenommen.

Für Antrag 2 sprachen die Genossen Gerkenberger und Pehliß. Derselbe wurde gegen eine Stimme angenommen.

Ebenso dem Antrag 3 und den Anträgen Stadthagen wurde zugestimmt. Nach der Abstimmung entwickelte sich eine allgemeine Diskussion. Genosse Reinhardt befragt es, daß seiner Meinung nach unsere Abgeordneten im Reichstage sich mehr mit Besserstellung der Beamten, wie mit Besserstellung der Arbeiter befähigten. Anderer Meinung über diese Ansichten sind die Genossen Gerkenberger, Pehliß, Wils, Frau Jhrer. Genosse Stadthagen giebt hierzu eine dahingehende Klarstellung, daß es unseren Abgeordneten viel häufiger möglich ist, im Reichstage über die Lage und Verhältnisse der Beamten zu sprechen, anläßlich der Statberatungen, wie über Arbeiterverhältnisse im Allgemeinen, doch sind niemals unsererseits Anträge eingebracht worden, die sich auf Beamten allein erstrecken. Ein Unterschied zwischen Proletariat in Uniform und Proletariat im Arbeitsrocke wird niemals gemacht. Der Punkt: Wahl der Delegirten rief infolern eine lebhabte Debatte hervor, als während der Vorklage ein Antrag einging, eine Frau zu wählen. Stadthagen wandte sich dessago gegen den Antrag, weil durch Annahme desselben die Veramm lung gezwungen sei, eine Frau unter allen Umständen zu wählen, und dadurch den Frauen ein Vorrecht eingeräumt werde, welches der anerkannten Gleichberechtigung strikte entgegen läuft. Frei jedoch steht es der Veramm lung, aus ihrer Mitte geeignete Genossen zu delegiren, damit sei niemals gesagt, daß eine Frau sein dürfe. Der Antrag fiel nach reger Debatte, und es wurden die Genossen Sonnenburg, Friedrichshagen und Frau Jhrer als Vertreter des Kreises Nieder-Barnim zum Parteitag nach Frankfurt a. M. delegirt. Hieraus entspann sich eine längere Debatte wegen des am vorigen Sonntag stattgehabten Parteifestes. Es wurden den Berliner Genossen wiederholt Vorwürfe gemacht, sie seien einseitig vorgegangen und hätten dadurch den Genossen in Weisensee einen Knäppel zwischen die Weine gezworen. Genosse Kopp dagegen konstatirte, daß die Berliner Genossen sich mit ihm, er wieder mit dem maßgebenden Faktor, der Vollkommission in Verbindung gesetzt habe, und auch die Vertrauensleute noch Feststellung aller in Betracht kommenden Thatsachen nicht einzuwenden hatten, somit seien also alle Schritte zur gegenseitigen Verständigung gethan. Genosse W a i bemerkte, daß mehrere Vertrauensleute nicht eher etwas von dem Fest wußten, bis sie die Bekanntgabe im „Vorwärts“ gelesen. Hieran schließt sich noch eine unliebame Polemik zwischen dem Genossen Jakobs und Stadthagen bezüglich der letzten Versammlung. Zum Schluss wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die heutige Kreisversammlung möge beschließen, daß irgendwelche Festlichkeiten für den Kreis Niederbarnim nur im Einverständnis mit den Vertretern sämtlicher Ortschosten arrangirt werden.“

Der Verband der Gold- und Silberarbeiter hatte am 24. September eine Versammlung einberufen. Zunächst verliest der Kollege Tschentzler den Kassenericht; derselbe ergibt: Einnahme 437,09 M., Ausgabe 281,13 M., mithin Bestand 155,96 M. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Welche Vortheile erzielen wir durch den Anschluß an den Metallarbeiter-Verband“, nimmt Kollege Faber das Wort. Redner bittet die Kollegen über diesen Punkt keine Debatte mehr zu pflegen und abzuwarten, was die betreffende Kommission für Beschlüsse zeitigen werde. Zum dritten Punkt: „Die Werkstätten- und Arbeitsverhältnisse beim Goldwaaren-Fabrikanten Kraus, Neue Grünstraße“, führt derselbe Redner aus, daß sich im Laufe der Zeit in dieser Werkstatt ganz unhaltbare Zustände herausgebildet haben, die unbedingt der Abänderung bedürfen. Die Arbeitszeit dauere hieselbst 10 Stunden, gegen die Gesplogenheiten in den meisten anderen Geschäften, wofolbst die 9/2-stündige eingeführt sei. Die Agitationskommission wird beauftragt, mit dem Herrn Kraus Rücksprache zu nehmen, um Abstellung der Uebelstände.

Die Kollegen Heynemann und Faber hatten hierauf eine Besprechung mit dem Fabrikanten; derselbe ist auf die Vorschläge der Kommission eingegangen und wird somit von Montag, den 1. Oktober, ab eine 9/2stündige Arbeitsdauer eingeführt, sowie 20 Minuten Frühstückzeit; auch die Ueberstunden-Arbeit soll um 25 pCt. besser bezahlt werden.

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein des arbeitenden Volkes für Berlin und Umgegend. Generalversammlung am Mittwoch, den 2. Oktober, Abends 9 Uhr, in Schmiedes' Feistalen, Alte Jakobstraße 22. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Wagner über: Erziehungsansichten. 2. Organisationsmaßl des Vorstandes. 3. Musikalische Unterhaltung.

Deutscher Verein über Gemeindefürsorge. Sitzung jeden Mittwoch 9 Uhr in Riebet's Restaurant, Roppenstr. 44.

Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner in Berlin. Mittwoch, den 2. Oktober, Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Schleswig-Holsteiner im Restaurant des Bandmanns G. Seb, Wartgrafenstr. 102. Landleute sind willkommen.

Vermischtes.

Gegen die kleinen „Unstürzler“. Sogar gegen Schullinder soll nun in Dresden, wie unser dortiges Parteiorgan mittheilt, der Grobe-Unfugs-Paragroph angewendet werden. Der Dresdner Polizeibericht enthielt dieser Tage folgende Notiz:

„Unlänglich wurde Klage darüber geführt, daß zwischen einer großen Anzahl mit Stangen und Stöcken bewaffneter Schulknaben auf den Wiesen zwischen der Fürsten- und Titmannstraße fast täglich regelrechte Schlägereien stattfänden, die sich oftmals bis in die umliegenden Straßen und Häuser erstreckten und wobei mit Steinen Fensterscheiben eingeworfen worden seien. Die polizeilichen Erörterungen ergaben, daß ungefahr 50 Schulknaben an diesem die dortigen Bewohner belästigenden wüsten Treiben theilhaftig waren, von denen 41 Knaben ermittelt und wegen Verübung groben Unfugs zur Anzeige gebracht worden sind.“

Hiernach hat es den Anschein, als ob man die Kinder für ihre Unart thatsächlich polizeilich oder gerichtlich abstrafen lassen will, anstatt dies einfach der Schule oder den Eltern zu überlassen.

Die Kunst und die Offiziere. Aus Breslau wird mitgeteilt, daß den Offizieren der Besuch der Erbauung der „Weber“ durch Kommandanturbefehl verboten worden sei.

Das Landgericht München verurtheilte am Dienstag drei Personen, welche die Wüste des Prinzregenten in dem Vororte Neuhausen umgestürzt hatten, zu der enorm hohen Strafe von zwanzig beziehungsweise fünfzehn und acht Monaten Gefängniß.

Eingelaufene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. d. W. D. M. D. 1908) ist soeben das 62. Heft des 12. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervorzuheben: — Ein Bericht über die „Internationale“, von G. Bartsch. — Zur Lage des bewährten „Sozialdemokraten“ (Schulz). — Berliner Theater. Von P. Wöhring. — Die „Internationale“ und die Schule. — Notizen: Volk und Sozialreform. — Proportionalen Wählerverfahren. — Penultimo: Aus und bei. Ein Straßendialog von Bernard Zan. — Notizen und Gänge. — Militärzeitung für alle Kameraden. Berlin. Verlag von Robert Appenheimer (Wulff Schmidt), 5. Jahrgang. Heft 1. — Braunsmeize Werke von Hermann Geiberg. 1. Lieferung. Leipzig. Verlag W. W. Friedrich.

Ein Wort an die Hausfrauen!

Ein altenglisches Sprüchwort sagt: Der beste Beweis für die Güte des Puddings liegt im Essen. — Wendet man diesen Spruch auf Karol Weil's Seifenextract an, so beweist auch dem größten Zweifler der beispiellose Erfolg, das gewaltige Wachstum des Verbrauches in tausenden von Niederlagen, daß unsere Behauptungen:

Karol Weil's Seifenextract spart Zeit, Geld und Arbeit,

Karol Weil's Seifenextract schon die Wäsche,

voll und ganz der Wahrheit entsprechen.

Wir halten es unter unserer Würde, auf die Anträge einer gewissen Firma näher einzugehen, da aus jeder Zeile der blasse Neid spricht, sondern verlassen uns auf das gesunde Urtheil jeder vernünftigen Hausfrau und trösten uns mit dem Dichterwort: „Die schlechtesten Früchte sind es nicht, woran die Wespen nagen.“

Karol Weil's Seifenextract ist nur echt, wenn in grauen Packeten mit Schutzmarke Waschsaft.

Künstl. Zähne, vorzügl. u. Garantie, schmerzlos, Zahnschmerz beseitigt, schmerzlos, loses Zahnziehen. Theilzahlung. Goldstein, Oranienstr. 123.



Arbeiter Berlins!
Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in der eigenen Niederlage **Bellealliancestraße 98/99** in vorzüglichster Beschaffenheit zu den billigsten Preisen verkauft. Wir bitten uns durch reichliche Einkäufe zu unterstützen. 796L*
Deutsche Schuhfabrik. G. Markus & Co.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren, sowie **Kücheneinrichtungen.**
Empfehle allen Genossen meine 727L*
G. Röseler, Brandenburgstr. 25.

Louis Schulze

General-Vertrieb der echten Hammer-Marie-Brikets aus den Anhaltischen Kohlenwerken Mariengrube in Senftenberg N.-L.



Bei obigen Brikets wird jetzt, um jede Täuschung des Publikums durch geringerwerthige Marken zu verhindern, zu dem früheren Stempel **MARIE** noch die volle Firma der Fabrik

Anhaltische Kohlenwerke Mariengrube

Bei Bestellung der echten Hammer-Marie lasse man sich daher nicht irre machen durch ähnlich klingende Bezeichnungen, wie „Senftenberger Kohlenwerke“ etc., oder durch bloß mit dem Stempel **MARIE** versehene Brikets, da diese nicht aus der Mariengrube stammen.

Ich stehe mit Lieferung genannter Spezialmarke, sowie sämtlicher anderer Brennmaterialien für den Hausbedarf gern zu Diensten und nehme Bestellungen im Haupt-Comptoir sowie in allen Filialen entgegen.

Louis Schulze,
Haupt-Comptoir: **W., Friedrichstrasse 83,** zwischen Unter den Linden u. Behrenstr.
Telephon: **1, 7529.** 46/7

- Filialen und Lagerplätze:
- Görlitzer Bahnhof, Platz 3 (Telephon IV. 798).
 - Görlitzer Bahnhof, Platz 23 (Telephon IV. 798).
 - Ostbahnhof, Fruchtstrasse 16 (Telephon VII. 134).
 - Ostbahnhof, Am Ostbahnhof 20 (Telephon VII. 5851).
 - Stettiner Bahnhof (Telephon III. 1974).
 - Bahnhof Lagerhof, Brunnenstr. (Teleph. III. 2575).
 - Wedding-Bahnhof (Telephon III. 2264).
 - Stätteplatz am Lohmühlenweg.

Gardinen-

Fabrik Bruno Güther,
Berlin O., Grüner Weg 80,
zwischen Andreas- u. Koppenstr.
part., Eingang vom Plur, einziges
seit 26 Jahren bestehendes Gar-
dinen-Special-Geschäft, offerirt zum
bevorstehenden Wohnungswechsel
in nur haltbaren Qualitäten, zu
billigsten **Engl. Tüll-Gardinen**
von 2 Seiten mit Band eingefast,
Meter schon von 40 Pf. an bis zu
den elegantesten. Ferner geübte
Schweizer Tüll-Gardinen, Mull- u.
Tüll-Gardinen, Spachtel- u. in
Handarbeit u. Kongress-Gardinen,
Sopha-, Tisch-, Kommoden-, Bett-
und Steppdecken, Rouleauxkante,
Stoffs, Stores in größter Auswahl.
2000 Gardinen-Reste zu 1-4 Pf. je St.
passend, unter Selbstkosten-
preis. Neuheiten treffen täglich ein.
Alles eigenes Fabrikat. [7752*
Dombus, Pferde- u. Stadtb.-Verb.

In **Roh-Tabaken** und **Utensilien** für Cigarren-Fabrikanten **!! billigster Einkauf!!**
W. Hermann Müller
Berlin
Neue Friedrich-Strasse 9.
Strong reelle Bedienung.
Creditgewährung nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.

Möbel u. compl. Einrichtungen
stehen im Speicher spottbillig gegen Kasse zum Verkauf. **Gartenstr. 52.**

Den verehrten Hausfrauen wird hiermit das anerkannt vorzügliche

Dr. Thompson's Seifenpulver,

welches sich seit 20 Jahren einer immer steigenden Beliebtheit erfreut, in empfehlende Erinnerung gebracht.
Zum Waschen der Wäsche und Reinigen aller möglichen Gegenstände gibt es nichts Besseres und Billigeres als **Dr. Thompson's Seifenpulver!**
Das Gewebe wird bei dessen Anwendung mehr geschont als bei irgend einer anderen Waschmethode; dabei erzielt man **blühend weiße Wäsche,** welche einen angenehmen frischen Geruch bekommt.
Große Ersparnis an Zeit und Geld wird garantiert!
Man hüte sich vor den geringwerthigen Nachahmungen, welche theils in ähnlicher Packung, theils unter dem Namen „Seifenextract“ dem Publikum angeboten werden.
Man verlange ausdrücklich: **Dr. Thompson's Seifenpulver mit der Schutzmarke „Schwan“** und weise alle Nachahmungen energisch zurück! 74M

Die Firma besteht seit 1873.

GESCHAFTSHAUS S. HEINE

Leinen- und Elsasser Baumwollwaaren.
Bettzeuge, Tischzeuge, Handtücher etc.
Grosses Lager
Herren-, Damen- und Kinderwäsche.
Saubere Arbeit, billige Preise. 897L
Gardinen-Reste
f. 1, 2 od. mehr Fenster pass., äusserst wohlfeil.
Neu in Tischdecken, Bettdecken, Sophaecken etc.
BERLIN, N. CHAUSSEESTR. 1A.

Achtung! Kein Laden.
Kontroll-Schutzmarke.
Nur eigene Fabrication, 25 Cigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 70 Pfg. 71L*
H. F. Dinslage,
Kottbusstr. 4, Hof part.

66. Resterhandlung.
Billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie zu Frühjahrs- und Sommermänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt u. Spitzen. Auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge **66. Karlo, Waldemarstrasse 66.**

S. Neumann's Zentral-Bazar.
1. Geschäft: **Andreasstr. 62.**
2. Geschäft: **Franfurterstr. 90,** Ecke Markusstrasse. 8152*
Durch Gelegenheitskäufe und Massenabschlüsse große Posten in Haus- und Küchengeräthen, Emaille, Porzellan, Steingut, Holzwaaren, Besenwaaren, Waschkünder, Gardinenstangen 50 Pfg., Rosetten von 8 Pf. an etc. etc. wie bekannt zu den billigsten Preisen.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
an diefigen Plaze wie bekannt **grösste Auswahl!**
Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billige Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.

Möbel-Kaufgelegenheit
bietet sich Brautleuten etc. im Möbelspeicher, 8022
Rosenthalerstr. 13, I.

Dieselbst stehen täglich zum Verkauf: neue gediegene Möbel zu außerordentlich billigen Preisen, gebrauchte und verkleidete gewesene Möbel zu wahrhaften Spottpreisen. Theilzahlung gestattet. Kleiderschränke 15, Küchenspinnden, Kommoden 12, Sopha 15, Bettstellen mit Matrassen 18 Mark, Nussbaum-Kleiderschränke, Vertikows 30, Stühle 3, Muschelspinnden 40, Trumeaux 65, Paneelesopha 75, Plüschgarnituren 60 Mark. Herren-Schreibische, Schreibsekretäre, Buffets, Konfessionische, Spiegel, alles staunend billig. Gekaufte Möbel können auf meinem Lager speicher bis Oktober kostenfrei lagern und werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.
Vereins-Abzeichen etc.
H. Guttman, Brunnenstr. 9.

Stempel

Rohtabak.
Grösste Auswahl. Billigste Preise. Formen, Bockfaçon, wieder vorräthig.
Heinrich Franck,
Brunnenstr. 185,

Eine alte deutsche Feuer-Verf.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige **Haupt- u. Spezial-Agenten.** Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert.
Offerten unter **O. P. 2** nimmt die Expedition entgegen. 2192*
Destillation, nachweislich gut, Billard, Vereinszimmer, Hausverwaltung, wegen Uebernahme des elterlichen Grundstücks, sofort billig zu übernehmen. 680 M. Miete. Havelbergerstr. 7.

Möbel-Gelegenheitskauf

zu außergewöhnlich billigen Preisen. Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200-1000 M. Theilzahlung gestattet. Elegante Nussbaum- u. Mahagoni-Kleiderspinnden u. Vertikows 30 M., einfache 20 M.; Sophas, Bettstellen mit Matrassen 20 M.; Waschtolletten, Küchenspinnden, Kommoden 12 M.; Stühle 3 M.; Sophasische 6 M.; Säulen-Trumeaux 65 M.; Plüschgarnitur 60 u. 100 M.; Paneelesopha 80 M.; Buffets, Schreibische, Herren-Schreibische, Schreibsekretäre, Zylinder-Bureau, Spiegel (wenig gebraucht) zu halben Preisen und sollte es Niemand versäumen, wer gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel werden bis November kostenfrei aufbewahrt, transportirt und aufgestellt.
Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

Schlafstelle für 1 anst. Mädchen Mantelstr. 11, Hof 2 Tr. b. Taube.
Anst. Schlafst. f. D. Alexandrinenstr. 61, Hof 1 Tr. r. 87b

Arbeitsmarkt.

Tüchtiger Dreher wird verlangt. F. Pries, Mathiasstr. 3, an der Landberger Allee. 92/18
Färbemacher verl. Kottbusser Damm 100.
Sticker mit Häblern sofort verlangt Wolf, Landbergerstr. 112.
Barockvergolderinnen bei dauernder Beschäftigung verl. Kottbusser Damm 100.
Ein junger Holzarbeiter, der mit Kreis- und Bandsäge Bescheid weiß, wünscht die Fräselei zu erlernen. Adr. abzugeben in der Expedition dieser Zeitung unter **N. S. 31.**
Tischlerges. verl. Pöting, Frankfurter-Allee 99. 165b
Ein Schlosserlehrling wird verlangt, Falkensteinstr. 17. 167b